

DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER ◦ STREBE ◦ ZUM ◦ GANZEN ◦ UND ◦ KANNST ◦ DU ◦ SELBER ◦ KEIN ◦ GANZES ◦ WERDEN
ALS ◦ DIENENDES ◦ GLIED ◦ SCHLIESS ◦ AN ◦ EIN ◦ GANZES ◦ DICH ◦ AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 12

Charlottenburg, Freitag, den 22. März 1907

Jahrg. 34

Sperrren.

Vollsperrren in Deutschland: Brambach i. Voigtland (Reinhardt & Köhler). Düsseldorf (Hohmann). Elberfeld (Peters Emailierwerk). Göppingen (Emailierwerk). Großenbreitenbach (Eger & Söhne). Lauf (Frig Krug). Martinroda (Eger & Co.). Neuhalbensleben. (Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Poßneck (Conta & Böhme). Ruhland (A. Lindner, Glasmalerei). Schauberg. Selb. L. Gutschenreuther (inkl. des Betriebes der bisherigen Firma Jäger & Werner). Sorau. Staffel. Stogheim. Wunsiedel. Berlin für Schildermaler. Kranichfeld.

Halbsperrren in Deutschland: Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Elbers, Emailierwerk). Flörsheim a. Main. Freienorla. Gräfenroda (Geene, Heißner, Eckert & Menz). Königszelt. Kranichfeld. Neustadt bei Coburg. Deslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperrren in Oesterreich: Königsfeld bei Brünn für Maler. Briesen bei Bilin (Nestler & Co.). Fünfkirchen. Fischern (N. Knoll). Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Jokes (Porzellanfabrik). Liboje bei Gili in Steiermark (Schütz). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Probstau (Brüder Willner). Tichy & Schönfeld in Bessau für Maler.

Immer langsam voran!

Der Tag, der die ersten sozialpolitischen Debatten im neuen Reichstag brachte, zeigte mit aller Deutlichkeit, daß das an und für sich schon ungemein verlangsamte Tempo in der reichsdeutschen Sozialpolitik noch weiter ermäßigt werden soll. Wohl nehmen jetzt die „Liberalen“ den Mund gewaltig voll und flehen die Regierung bei jeder Gelegenheit an, doch um Himmelswillen gerade jetzt ein wenig mehr in Arbeiterschutz zu machen, um den von der „Sozialdemokratie verblendeten Arbeitern“ zu zeigen, daß man der Sozialdemokratie gar nicht bedürfe, um die Sozialpolitik auszubauen. Aber die Regierung kann diesen liberalen Bitten nicht fähiggeben. Von der anderen Seite drängen sie die junkerlichen und industriellen Scharfmacher, denen selbst die von der Regierung befürwortete und von den „entschiedenen“ Liberalen gewünschte Schein-Sozialpolitik ein Greuel ist. Und darum wird der jetzige Reichstag in Bezug auf eine wirksame, fruchtbare Arbeiterschutzpolitik weniger bieten, als je einer seiner Vorgänger: denn die Regierung steht unter dem Einfluß der Scharfmacher.

Daran ändert auch die Rede Posadowsky nichts, in welcher folgendes sozialpolitische „Programm“ der Regierung enthüllt wurde. Posadowsky sagte nämlich am 9. März u. a.:

„Der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen sind zur Fortführung der Sozialpolitik entschlossen. Man mag es nicht mehr, mit schroffer Hervorkehrung des manchesterlichen Individualismus die Sozialpolitik zu bekämpfen; selbst die Gegner der Sozialpolitik erklären sich prinzipiell für sie, bekämpfen aber jeden einzelnen Schritt auf diesem Gebiete. Aber ein Volk von der Kulturhöhe des deutschen kann die Sozialpolitik nicht auf-

geben trotz aller ihrer stillen und offenen Gegner. Der Reichskanzler hat seine allgemeine Stellung unzweideutig dargelegt. Ueber den Termin der Vorlegung einzelner Gesetze konnte er sich aber nicht äußern. Wir sind jetzt mit einem wahren Lawinensturz von Anträgen überschüttet worden. Ich halte es für besser, einzelne große Aufgaben heraus zu greifen und sich mit ihnen ernst zu beschäftigen. Dann kommt man weiter als durch zahlreiche Anträge. Von dem Berufsvereinsgesetz kann ich aus vollster innerlicher Ueberzeugung sagen, es war, wie Maria Stuart, besser als ihr Ruf. Das Gesetz beseitigte den Zustand, daß die Rechtsfähigkeit in das willkürliche Ermessen der Verwaltungsbehörden gestellt wird. Nun ging man aber auf verschiedenen Seiten weiter und wollte in dem Gesetze eine völlige Neuregelung des Koalitionsrechts, ja sogar des ganzen Vereins- und Versammlungsrechts. Man hat irrtümlicherweise behauptet, das Gesetz über die Arbeitskammern werde die Arbeitskammern ausschließlich auf die rechtsfähigen Berufsvereine baskieren. Die verbündeten Regierungen beabsichtigten durchaus nicht eine derartige Bestimmung, haben überhaupt nicht gewollt, die Gesetze über die Arbeitskammern und über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in Zusammenhang zu bringen. Damit fällt ein Hauptpunkt weg, der gegen das Gesetz über die Berufsvereine angeführt wurde. Ich würde es vielleicht für praktisch halten, zunächst ein Gesetz über die Arbeitskammern und dann erst ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine einzubringen. Das in der vorigen Session eingebrachte Gesetz wird nach der scharfen Kritik, die es erfahren hat, von den Regierungen nochmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen.

Wann und in welcher Gestalt das Gesetz wieder eingebracht wird, kann ich in diesem Stadium der Verhandlungen nicht sagen. Ein Gesetz über die Arbeitskammern wird, wie ich annehme, in der nächsten Session dem Hause vorgelegt werden. Die Vorlage über den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis steht im Bundesrat vor der dritten Lesung, und es wird lediglich von der Geschäftslage dieses Hauses abhängen, wann er ihm zugehen wird. Ich bin nicht imstande, eine bindende Erklärung darüber abzugeben, ob und wann ein Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs kommen wird. Was die Arbeitszeit der weiblichen Personen betrifft, so bin ich der Meinung, daß eine elfstündige Arbeitszeit der Frauen nicht aufrecht zu erhalten ist. Ich hoffe, in der nächsten Session eine Vorlage einbringen zu können, welche den zehnstündigen Arbeitstag für Frauen einführt. Aus der vorigen Session ist noch ein umfangreicher Rest von Vorlagen vorhanden, der aufgearbeitet werden muß. Man tut aber gut, nicht zu viel auf einmal zu verlangen und sich mit Abschlagszahlungen zu begnügen. Nun zu der Äußerung des Herrn Reichskanzlers über das Vereins- und Versammlungsrecht. In der Reichsverfassung ist eine einheitliche Regelung dieses Rechts zugesagt. Der Reichskanzler beabsichtigt die Ausführung dieses versprechenden Artikels. Diese Erklärung des Kanzlers wird Gegenstand sehr ernster Verhandlungen zunächst innerhalb der Reichsressorts und der preussischen Ressorts sein, da es sich um ein äußerst schwieriges und delikates Problem handelt. Auf sozialpolitischem wie auf allgemein politischem Gebiete müssen sich die Forderungen innerhalb der wirtschaftlich und politisch möglichen Grenzen halten. Je mehr Gesetze, desto schlechter das Staatswesen. Die Gesetzgebung ist nur die äußere zwingende Form. Jeder muß in seinem Kreise dazu beitragen, an der Hebung der Sittlichkeit, an der Verbreitung von Treue und Glauben zu helfen. Das Reichsamt des Innern wird sein möglichstes tun. Ich bitte dann aber auch das hohe Haus, die

Vorlage mit Wohlwollen entgegen zu nehmen und sich in seinen Wünschen ein wenig zu beschränken.“

Besondere Aussichten eröffnet dieses „Programm“ durchaus nicht, und besonders kennzeichnend ist ja die Schlussermahnung, daß man sich „ein wenig einschränken“ soll. Es ist für den künftigen Kurs in der deutschen Sozialpolitik zur Genüge kennzeichnend: In Bezug auf die Wünsche der Arbeiter mahnt man zur Mäßigung, während man diese Ermahnungen dort, wo sie am berechtigtesten wären — bei den Junkern — unterläßt. Im übrigen kommt auch das Programm Posadowskys über Versprechungen nicht hinaus. Nur was den Gesetzentwurf betreffs der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angeht, drückt sich die Regierung bestimmter aus. Und das nur deswegen, weil ihr das Eintreten für dieses durch und durch reaktionäre Machwerk nicht schwer fallen dürfte. Denn daß dieser Entwurf liberaler ausgestaltet werden wird, glaubt doch keiner von uns. Und ebenso wie dieser Entwurf wird der über die Arbeitskammern ausfallen. Es ist einfach ausgeschlossen, daß die Regierung von der schon im vorigen Reichstag geäußerten Absicht, auf Grundlage des Entwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ein neues Arbeiterrecht aufzubauen, lassen wird. Zu diesem neuen Arbeiterrecht gehörten dann auch die Bestimmungen über die Arbeitskammern. Wie dann aber diese Kammern ausfallen würden, kann man sich denken, namentlich wenn jetzt mit allem Eifer von den industriellen Scharmachern gefordert wird, die Regierung solle den nicht sozialdemokratischen organisierten Arbeitern, den Angehörigen der Hirsch-Dunckerschen, Christlichen und gelben Gewerkschaften, besondere Rechte einräumen.

Ebenso verfehlt der Appell an die Mitarbeit Aller vollständig seine Wirkung auf uns. Man denke doch an die müßige Hege der Bürgerlichen gegen die Sozialreform im allgemeinen und vergegenwärtige sich doch, wie feindlich die weitesten Kreise der Fabrikanten der „Humanitätsduselei“ gegenüber stehen. Die ganze sozialpolitische Arbeit des alten Reichstags bezüglich seiner Neuschöpfungen bestand in der Verabschiedung des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte. Und nun stelle man sich den jetzigen Reichstag vor. Seine Aufgabe wird in erster Linie in der Wahrnehmung junkerlicher, industrieller Scharmacher- und Beutepolitikerinteressen bestehen, und in Verbindung damit wird man alle Wünsche der Regierung in Bezug auf die Vermehrung der Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien befriedigen. Darüber hinaus wird man nicht kommen, und an die Schaffung wirklich arbeiterfreundlicher und von ehrlichem sozialpolitischen Willen erfüllter Gesetze darf man nicht denken.

Bergeße man doch nicht, daß diesen Leuten, die heute im Reichstag maßgebend sind, der von Posadowsky gemäßigte Kurs noch immer viel zu viel Sozialpolitik bringt. Die wilde Hege, die gerade jetzt gegen Posadowsky von den Angehörigen rechtsstehender Parteien eingeleitet wurde, sollte jeden denkenden Arbeiter erkennen lassen, wohin der Kurs geht. Stand unsere Sozialpolitik bisher schon so gut wie still, so wird sie, wenn die Arbeiter durch eine rege Anteilnahme am politischen Leben und durch ein festes, in Organisationen geschlossenes Vorgehen nicht mehr Druck dahinter setzen, rapide zurück gehen. Anders ist die Mahnung Posadowskys „immer langsam voran“ nicht zu verstehen.

Ein Wort an die Arbeiterfrauen!

Im Jahre 1904 starben in Deutschland 397781 Menschen im ersten Lebensjahre. Das waren 34,2 pCt. aller im selben Zeitraum Geborenen. Mit anderen Worten: In Deutschland stirbt von fünf Kindern eins, ehe es das erste Lebensjahr erreicht hat.

Dieser Durchschnitt wird in den einzelnen Ländern nicht unwesentlich überschritten. So beträgt die Säuglingssterblichkeit, d. h. die Zahl der Todesfälle im ersten Lebensjahre im Verhältnis zur Zahl der Lebendgeborenen in Preußen 37,2, in Bayern 34,8, in Sachsen 25,4, in Sachsen-Altenburg 25,9, in Königsreich Sachsen 24,4 pCt. In der genannten Ländern stirbt also jedes vierte Kind im Säuglingsalter, ehe es das erste Lebensjahr erreicht hat — wobei hinzugefügt werden muß, daß, wie im Reichsdurchschnitt, so auch für die einzelnen Länder die Zahl sich wesentlich (bis zu 35,9 pCt.) erhöht, wenn wir die unehelich Geborenen mit in Betracht ziehen.

Bezüglich der Städte steht Chemnitz in der Säuglingssterblichkeit an der Spitze, wo in den Jahren 1895—1899 mehr als zwei Fünftel, also fast die Hälfte aller Geborenen vor Erreichung des ersten Lebensjahres starben: mehr als ein Drittel starben in dem genannten Zeitraum in Nachen, Augsburg, Königsberg, Liegnitz, München, Stettin und Zwickau.

Für Köln, wo die Sterblichkeit der Säuglinge mehr als ein Viertel beträgt, hat ein dortiger Arzt genaue Untersuchungen bezüglich der einzelnen Viertel und Straßen der Stadt angestellt und dabei ermittelt, daß die Säuglingssterblichkeit in den Arbeitervierteln ebenso weit über den Durchschnitt hinausgeht, wie sie in den Vierteln und Straßen, wo die Reichen wohnen, darunter hinab geht.

Vergleicht man die Säuglingssterblichkeit Deutschlands mit anderen Staaten, soweit darüber einschlägige Nachweise vorhanden sind, so ergibt sich, daß auf diesem Gebiete Deutschland (neben Oesterreich und Ungarn) „in der Welt voran“ geht. In England beträgt die Säuglingssterblichkeit 14,6 in Frankreich 13,7, in der Schweiz 13,3, in den Vereinigten Staaten 9,7 und in Norwegen 7,5 pCt.

Die Säuglingssterblichkeit herrscht vorwiegend in der armen Bevölkerung, aus der arbeitenden Klasse holt sie ihre Opfer. Es sind die Landesteile mit zahlreichem Proletariat, die großen Industriestädte und in diesen die Arbeiterviertel, wo die Sterblichkeit unter den Säuglingen eine erschreckende Höhe erreicht und schließlich die Hälfte aller Kinder vor der Erreichung des ersten Lebensjahres stirbt. Die Gründe der tieftraurigen Erscheinung sind: schlechte Lebensumstände der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen, geschwächte Gesundheit der Eltern, namentlich der Mütter, mangelnde Brusternährung des Säuglings, unzureichende Pflege der Kinder, die Unmöglichkeit der Eltern, im Falle, daß die Mutterbrust versagt, die Säuglingsmilch in genügender Menge und einwandfreier Art zu beschaffen. Die Kinder der Arbeiter sterben unter dem Fluche der Armut, der ihre Erzeuger getroffen hat.

Die beschämende Rolle, die Deutschland in der Frage der Säuglingssterblichkeit spielt, ist auch der herrschenden Gesellschaft zum Bewußtsein gekommen, und hier und da liest man von Maßnahmen der Städte und der Bildung von Vereinen mit der Bestimmung, für die Beschaffung von geeigneter Säuglingsmilch und für Belehrung über die Notwendigkeit der Brusternährung zu sorgen. Aber was hier geschehen ist und geschieht, es ist nicht mehr als ein Tropfen Wasser auf einem Stein, der verdunstet, ohne eine Spur zu hinterlassen.

In die Frage der Säuglingssterblichkeit spielen alle die Einzelfragen hinein, die wir unter dem Begriff der „sozialen Frage“ zusammen fassen. Die Lohnfrage, die Wohnungsfrage, die öffentliche und persönliche Gesundheitspflege, die geistige und sittliche Hebung des Volkes, die Erziehung eines starken und gebildeten Geschlechts von Männern und Frauen. Wer von allen denen, die sich jetzt um die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit bemühen, denkt daran, die Sache von diesem Gesichtspunkt und bis zu diesen Zielen zu betrachten? Von all den guten Leuten und schlechten Musklanten gewiß nicht Einer!

Werden sie die Bestrebungen der Arbeiter um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit unterstützen, auf daß die Eltern sich und ihre Kinder gut und reichlich nähren und die Mütter, ohne auf Lohnarbeit ausgehen zu müssen, sich der Pflege ihrer Kleinen genügend widmen können? Werden sie der politischen Entrechtung der Arbeiterklasse in Staat und Gemeinde ein Ende machen, daß die Proletarier Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung haben und die öffentlichen Gewalten zu eingreifenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge, der Gesundheitspflege, des Wohnungswesens und der Volksbildung drängen können? Nein, von diesem Standpunkt werden die Vertreter der herrschenden Klasse die Frage nicht auffassen und deshalb werden sie auch den Kern der Frage nicht treffen. Dazu ist einzig die Arbeiterklasse imstande. Sie, die unter dem Uebel zu leiden hat, weiß es in seiner ganzen Schwere zu beurteilen und hat infolgedessen auch den Mut, seinen Ursachen und den Mitteln zu seiner Abschaffung nachzugehen. Und hier sollte gerade die Arbeiterfrau zu erkennen wissen, worum es sich handelt, wenn sie eins nach dem anderen von den kleinen Würmern, ehe es noch eigentlich zum Leben erwacht ist, unter ihren Händen dahin fliehen sieht.

Wenn das Proletarierweib selber hungert, wenn es in dem Kampf um den kargen Lohn keine Zeit findet, ihr Kind zu pflegen, wie sie möchte, wenn sie es dann eines Tages tot in den Armen hält, sollte sich da nicht ihr Innerstes empören gegen eine Gesellschaftsordnung, die Proletarier wie Fliegen achtet und sie um das Höchste bringt was es gibt: die Mutterliebe?

Der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit liegt bei der Arbeiterklasse, liegt vor allen Dingen bei der Arbeiterfrau. In dem Maße, wie die Mütter im Proletariat das Verbrechen kennen und verabscheuen lernen, das hier an ihnen verübt wird, werden sie sich den Männern anschließen zum gemeinsamen, unablässigen Kampf gegen die Wurzel alles Übels: gegen den kindermordenden Kapitalismus.

Schwer ist der Kampf und lange wird er dauern. Soll er gelingen, bedarf er des vereinigten Vorgehens von Mann und Weib. Nicht darf die Proletarierfrau durch Untätigkeit oder Widerstand wieder zunichte machen, was der Mann errungen hat. Das hieße sich mitschuldig machen des Verbrechens, das der Kapitalismus an den Kindern des Volkes verübt.

Will man jemanden wegen seines Mutes preisen, so vergleicht man ihn mit der Löwin, die ihr Junges verteidigt. Die Arbeiterfrau sollte dieses Wort zuschanden machen und zeigen, daß menschliche Mutterliebe mindestens soviel vermag, als der dunkle Trieb des Tieres.

Proletarierfrauen, im Namen der Mutterliebe mahrt eure heiligsten Güter, tretet an die Seite eurer Männer, kämpft für eure Kinder unter dem Banner des Sozialismus und der freien Gewerkschaften!

Verbandsangelegenheiten.

140. Vorstandssitzung vom 6. März 1907.

Entschuldigt fehl Burmann.

In Waldenburg haben die Ueberformerinnen bei der Firma Krister die Kündigungen eingereicht, wegen beträchtlicher Lohnreduzierungen; weiterer, bereits in Aussicht gestellter Bericht, bleibt ab zu warten. — Von Suhl wird gemeldet, daß Differenzen bei der Firma Schlegelmilch in Mäbendorf aus zu brechen drohen. — Der Gauleiter Hoffmann-Flmenau beantragt die nachträgliche Bewilligung bereits geleisteter Ausgaben; dem wird statt gegeben. — Gegen die Zahlstelle Sörnewitz versügte Polizei Maßnahmen lassen es angebracht erscheinen, der Zahlstelle zu empfehlen, die Auflösung zu beschließen. Für die am Plage verbleibenden Einzelmitglieder würden dann vom Vorstand Vertrauensmänner ernannt werden. — Um der Versammlungsschwänzererei vor zu beugen, hat die Zahlstelle beschlossen, daß jedes Mitglied, welches ohne triftigen Grund einer Versammlung fern bleibt, dafür 4 Streikmarken zu entnehmen hat. Auf bezügliche Anfrage erklärt der Vorstand, daß dieser ordnungsgemäß gefahte Beschluß für die Mitglieder auch verpflichtende Wirkung hat. — Bezüglich des Mitgliedes 2256, welches sich einer Kontrolle seiner Lohnstatistik widersetzt, wird es der Zahlstelle anheim gestellt, eventuell Anträge zu stellen. Eine Anfrage der General-Kommission die Herausgabe eines Jahrbuches betreffend, soll in zustimmendem Sinne beantwortet werden. — Der von Schönwald beantragten Verwendung von Mitteln aus dem 12 pSt.-Fonds der Zahlstellen, zu dem angegebenen Zweck wird bedingungsweise zugestimmt. — Der beantragten Verschmelzung von Zahlstellen-Bibliotheken mit neu zu errichtenden Zentral-Bibliotheken in Geschwenda und Oberkötzig wird unter den üblichen Bedingungen zugestimmt. — Zuschriften von Ahlen und Liesenfurt sind mit Kenntnisknahme erledigt. — Das Mitglied 3016 Cajetan Schneider, Elberfeld wird nach § 3 Absatz 3 vom Verband ausgeschlossen. — Ueber Zuschriften Oberhöndorf und Teitow betreffend, wird Beschlusfassung vertagt, weil sich Rückfrage notwendig macht. — Ein Antrag eines Mitgliedes in Ludwigsburg auf Gewährung eines Darlehens in Höhe von 400 Mk. muß auf Grund des § 40 Abs. 9 des Statuts abgelehnt werden. — Ein Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz für 7814 Ehrdruf wird nach § 25 Abs. 5 des Statuts abgelehnt. — In Rechtsschutzsache 11261 Wunsiedel werden die beantragten Kosten nach erfolgter Recherche bewilligt. — Für 8310 Rehau wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. — Für 12321 Selb wird die nach § 22 des Statuts beantragte Unterstützung abgelehnt; die bereits erfolgte Anweisung von Arbeitslosen-Unterstützung bleibt unberührt. — Für 8103 Plauc wird für vorläufig 2 Wochen Unterstützung bewilligt. — Unterstützung für 4288 Staffel wird nach § 20 Abs. 4 des Statuts abgelehnt. — Fahrgelder für 9655 Sorgau werden nach § 20 Abs. 1 des Statuts abgelehnt. — Dem Mitglied 7720 Oberkötzig wird nachträglich Unterstützung für die Zeit vom 14. 1. bis 23. 2. bewilligt. — In zwei Unterstützungssachen von Oberkötzig wird Beschlusfassung vertagt. — Die Fünferkommission des Gewerkschafts-Kartells Bonn befürwortet, dem Mitglied 1894 Unterstützung zu bewilligen. Der Vorstand hält seinen ablehnenden Beschluß aufrecht und weist einzelne Wendungen in dem Schreiben der Kommission auf das Entschiedenste zurück. — Das Mitglied 10503 Untermhaus wird nach § 14 Abs. 6 des Statuts auf ein Jahr vom Unterstützungsbezug ausgeschlossen; die zu Unrecht bezogene Unterstützung für die Dauer von 2 Wochen soll zurückgezahlt werden. — Das Mitglied 10488 Untermhaus wird wegen restierender Beiträge von 25 Wochen gestrichen. — Die Streichung wegen Beitragsresten des Mitgliedes 11240 Wittenberg wird noch einmal aufgehoben mit dem Hinzutügen, daß in Zukunft Anträgen dieser Art keine Folge mehr gegeben wird.

G. Wollmann, Vorsitzender.

J. Schneider, Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Schorndorf. Die Firma Porzellanfabrik Bauer & Pfeiffer sucht des öfteren Maler, Dreher, Formengießer etc. Im Anschluß daran wird uns nun mitgeteilt, daß die in jener Fabrik herrschenden Zustände nun keineswegs derartige sind, daß die Kollegen samt und sonders damit zufrieden sein können. Es wird von ihnen über die Behandlung und über Verschiedenes in der Einrichtung geklagt. Es wird daher den Kollegen zu raten sein, bevor sie Stellen in Schorndorf annehmen, sich über die Verhältnisse dortselbst bei der dortigen Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Unterweissbach. Wie recht wir hatten, als wir in unserer Notiz in Nr. 10 die Richtigkeit des Nachsatzes des Börsenblattes

bezweifelten, in dem gesagt war, daß auch in Folge höherer Löhne die Herstellungskosten der bei der Firma Mann & Porzelius fabrizierten Waren höhere geworden waren, beweist eine Zuschrift, die wir erhielten. Darnach wissen die bei Mann & Porzelius beschäftigten Arbeiter so gut wie gar nichts von höheren Löhnen. Die oben angeführte Notiz des Börsenblattes war dem Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft für das Jahr 1906 entnommen. Welches waren nun die Vergünstigungen, die die Firma den Arbeitern im letztverflossenen Jahre einräumte? Vom November 1906 wurde den Formern und Formerinnen daß Formen- und Massetragen erlassen. Die bisher von den Formern gezahlten 2 pSt. für Formetragen kamen in Wegfall. Dann wollte die Firma die Arbeitsräume alle vier Wochen scheuern lassen, mußte aber auf Veranlassung der Fabrikinspektion diesen Zeitraum auf zwei Wochen verkürzen. Das alles dürfte der Firma keineswegs so erhebliche Unkosten verursacht haben, das dadurch die Profitrate der Aktionäre geschmälert wurde. Die Herren sind vorsichtig und tun in dieser Beziehung nicht so leicht zu viel. Wie also höhere Löhne ungünstig auf die Gewinnrate die Unternehmer eingewirkt haben könnten, ist uns mithin rätselhafter als vordem. — Erst vom Beginn dieses Jahres ab gewährt die Firma den Arbeitern einen Lohnaufschlag von 5 Prozent. Dieser Aufschlag wird jedoch nur auf den Netto-Verdienst der Arbeiter geschlagen, das heißt er gilt nur für den Rechnungsbetrag abzüglich der Versicherungsbeiträge, Ausgaben für Farbe, Gold und Materialien. — So sehen also die Behauptungen von höheren Löhnen in den Berichten der Gesellschaft aus. Ein Beispiel für viele!

Oesterreich. Auch die böhmischen Fabrikanten folgen mehr und mehr dem Beispiel der deutschen Unternehmer und schließen sich in Berufsverbänden zusammen um durch ein gemeinsames Vorgehen einmal die Verkaufspreise ihrer Waren in die Höhe zu treiben und andrerseits um den Arbeitern gegenüber gerüsteter da zu stehen. Wir berichteten ja schon über das gemeinsame Vorgehen böhmischer Porzellanfabrikanten. Jetzt folgte diesem Zusammenschluß ein solcher der übrigen böhmischen keramischen Betriebe und in der „Baukeramik“ heißt es darüber: Die in der keramischen Industrie Böhmens von Jahr zu Jahr schlechter gewordenen Verkaufsverhältnisse — als Beispiel diene nur, daß sehr oft sogar bei öffentlichen Offertverhandlungen die Fabriken nicht mit den Händlern konkurrieren konnten, obwohl diese doch bei ihren mitkonkurrierenden Fabriken kaufen mußten — hervorgerufen durch die der Industrie eigenen Fabrikations-schwierigkeiten, gesteigerten Rohmaterialpreise und Arbeitslöhne, haben sämtliche Fabriken Böhmens geeint zu einheitlichem Verkauf, der vom 1. Januar 1907 kommissionsweise von dem Zentral-Verkaufs-Bureau für Tonwaren“ unter Leitung der Prager Kreditanstalts-Filiale besorgt wird. Es bezweckt die Regulierung der Verkaufsbedingungen, der Verkaufs- und Gestehungspreise, um die Mitglieder vor Schaden zu bewahren und dessen geschäftliche Leitung einem Aufsichtsrat obliegt, der aus den Kreisen und Vertretern der beteiligten Fabriken gewählt wird. — Hoffentlich lassen es nun auch die sämtlichen böhmischen Keramarbeiter an der Organisation nicht fehlen.

Aus anderen Verbänden.

Hafenarbeiter. In dem Konflikt zwischen Reedern und Hafenarbeitern steht unmittelbar der Ausbruch eines Streiks oder einer Massenausperrung bevor. Die Reeder beschloßen, jeden Arbeiter zu entlassen, der sich weigert, Nachtarbeit auszuführen. Die übrigen Hafenarbeiter beschloßen, bei Entlassung solcher Arbeiter Solidarität zu üben. Sie haben bereits etwa 2000 Arbeitswillige, größtenteils Engländer, angenommen. Ein Teil ist bereits angekommen und auf Reglerschiffen untergebracht worden. Auf den gesamten Hafenverkehr würde der Streit von tiefgreifendem Einfluß sein, da die gegenwärtige Konjunktur außerordentlich lebhaft ist. — Der Zuzug von Streikbrecher aus England muß mit Recht volle Verwunderung erregen und die englischen organisierten Arbeiter sollten in erster Linie Mittel und Wege suchen, um diesem Trauerspiel ein Ende zu bereiten.

Holzarbeiter. Die zwischen den Vertretern der Holzarbeiter und Holzindustriellen zwecks Beilegung der berliner Differenz vor dem berliner Gewerbegericht am 12. März statt gehabten Einigungsverhandlungen zerschlugen sich, da die Unternehmervertreter jede Verkürzung der Arbeitszeit ablehnten. Es ist voraussichtlich mit einer Ausdehnung der Ausperrung der Holzarbeiter über ganz Deutschland zu rechnen. Die Unternehmer

Vorlage mit Wohlwollen entgegen zu nehmen und sich in seinen Wünschen ein wenig zu beschränken."

Besondere Aussichten eröffnet dieses "Programm" durchaus nicht, und besonders kennzeichnend ist ja die Schlussermahnung, daß man sich "ein wenig einschränken" soll. Es ist für den künftigen Kurs in der deutschen Sozialpolitik zur Genüge kennzeichnend: In Bezug auf die Wünsche der Arbeiter mahnt man zur Mäßigung, während man diese Ermahnungen dort, wo sie am berechtigtesten wären — bei den Junkern — unterläßt. Im übrigen kommt auch das Programm Posadowsky über Versprechungen nicht hinaus. Nur was den Gesetzentwurf betreffs der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angeht, drückt sich die Regierung bestimmter aus. Und das nur deswegen, weil ihr das Eintreten für dieses durch und durch reaktionäre Machwerk nicht schwer fallen dürfte. Denn daß dieser Entwurf liberaler ausgestaltet werden wird, glaubt doch keiner von uns. Und ebenso wie dieser Entwurf wird der über die Arbeitskammern ausfallen. Es ist einfach ausgeschlossen, daß die Regierung von der schon im vorigen Reichstag geäußerten Absicht, auf Grundlage des Entwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ein neues Arbeiterrecht aufzubauen, lassen wird. Zu diesem neuen Arbeiterrecht gehörten dann auch die Bestimmungen über die Arbeitskammern. Wie dann aber diese Kammern ausfallen würden, kann man sich denken, namentlich wenn jetzt mit allem Eifer von den industriellen Scharmachern gefordert wird, die Regierung solle den nicht sozialdemokratischen organisierten Arbeitern, den Angehörigen der Hirsch-Dunderschen, christlichen und gelben Gewerkschaften, besondere Rechte einräumen.

Ebenso verfehlt der Appell an die Mitarbeit Aller vollständig seine Wirkung auf uns. Man denke doch an die wildeste Hege der Bürgerlichen gegen die Sozialreform im allgemeinen und vergegenwärtige sich doch, wie feindlich die weitesten Kreise der Fabrikanten der "Humanitätsbuselei" gegenüber stehen. Die ganze sozialpolitische Arbeit des alten Reichstags bezüglich seiner Neuschöpfungen bestand in der Verabschiedung des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte. Und nun stelle man sich den jetzigen Reichstag vor. Seine Aufgabe wird in erster Linie in der Wahrnehmung junkerlicher, industrieller Scharmacher- und Deutepolitikerinteressen bestehen, und in Verbindung damit wird man alle Wünsche der Regierung in Bezug auf die Vermehrung der Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien befriedigen. Darüber hinaus wird man nicht kommen, und an die Schaffung wirklich arbeiterfreundlicher und von ehrlichem sozialpolitischem Willen erfüllter Gesetze darf man nicht denken.

Vergesse man doch nicht, daß diesen Leuten, die heute im Reichstag maßgebend sind, der von Posadowsky gemäßigte Kurs noch immer viel zu viel Sozialpolitik bringt. Die wilde Hege, die gerade jetzt gegen Posadowsky von den Angehörigen rechtsstehender Parteien eingeleitet wurde, sollte jeden denkenden Arbeiter erkennen lassen, wohin der Kurs geht. Stand unsere Sozialpolitik bisher schon so gut wie still, so wird sie, wenn die Arbeiter durch eine rege Anteilnahme am politischen Leben und durch ein festes, in Organisationen geschlossenes Vorgehen nicht mehr Druck dahinter setzen, rapide zurück gehen. Anders ist die Mahnung Posadowsky's "immer langsam voran" nicht zu verstehen.

Ein Wort an die Arbeiterfrauen!

Im Jahre 1904 starben in Deutschland 397781 Menschen im ersten Lebensjahre. Das waren 34,2 pCt. aller im selben Zeitraum Geborenen. Mit anderen Worten: In Deutschland stirbt von fünf Kindern eins, ehe es das erste Lebensjahr erreicht hat.

Dieser Durchschnitt wird in den einzelnen Ländern nicht unwesentlich überschritten. So beträgt die Säuglingssterblichkeit, d. h. die Zahl der Todesfälle im ersten Lebensjahre im Verhältnis zur Zahl der Lebendgeborenen in Rußl. 24,3, Preuß. 25,4, Sachsen-Altenburg 25,9, Königsberg 24,4 pCt. In den genannten Ländern stirbt also jedes vierte Kind im Säuglingsalter, ehe es das erste Lebensjahr erreicht hat — wobei hinzugefügt werden muß, daß, wie im Reichsdurchschnitt, so auch für die einzelnen Länder die Zahl sich wesentlich (bis zu 35,9 pCt.) erhöht, wenn wir die unehelich Geborenen mit in Betracht ziehen.

Bezüglich der Städte steht Chemnitz in der Säuglingssterblichkeit an der Spitze, wo in den Jahren 1895—1899 mehr als zwei Fünftel, also fast die Hälfte aller Geborenen vor Erreichung des ersten Lebensjahres starben; mehr als ein Drittel starben in dem genannten Zeitraum in Nachen, Augsburg, Königsberg, Plegnitz, München, Stettin und Zwickau.

Für Köln, wo die Sterblichkeit der Säuglinge mehr als ein Viertel beträgt, hat ein dortiger Arzt genaue Untersuchungen bezüglich der einzelnen Viertel und Straßen der Stadt angestellt und dabei ermittelt, daß die Säuglingssterblichkeit in den Arbeitervierteln ebenso weit über den Durchschnitt hinausgeht, wie sie in den Vierteln und Straßen, wo die Reichen wohnen, darunter hinab geht.

Vergleicht man die Säuglingssterblichkeit Deutschlands mit anderen Staaten, soweit darüber einschlägige Nachweise vorhanden sind, so ergibt sich, daß auf diesem Gebiete Deutschland (neben Oesterreich und Ungarn) „in der Welt voran“ geht. In England beträgt die Säuglingssterblichkeit 14,6 in Frankreich 13,7, in der Schweiz 13,3, in den Vereinigten Staaten 9,7 und in Norwegen 7,5 pCt.

Die Säuglingssterblichkeit herrscht vorwiegend in der armen Bevölkerung, aus der arbeitenden Klasse holt sie ihre Opfer. Es sind die Landestteile mit zahlreichem Proletariat, die großen Industriestädte und in diesen die Arbeiterviertel, wo die Sterblichkeit unter den Säuglingen eine erschreckende Höhe erreicht und schließlich die Hälfte aller Kinder vor der Erreichung des ersten Lebensjahres stirbt. Die Gründe der tieftraurigen Erscheinung sind: schlechte Lebensumstände der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen, geschwächte Gesundheit der Eltern, namentlich der Mütter, mangelnde Brusternährung des Säuglings, unzureichende Pflege der Kinder, die Unmöglichkeit der Eltern, im Falle, daß die Mutterbrust versagt, die Säuglingsmilch in genügender Menge und einwandfreier Art zu beschaffen. Die Kinder der Arbeiter sterben unter dem Fluche der Armut, der ihre Erzeuger getroffen hat.

Die beschämende Rolle, die Deutschland in der Frage der Säuglingssterblichkeit spielt, ist auch der herrschenden Gesellschaft zum Bewußtsein gekommen, und hier und da klagt man von Maßnahmen der Städte und der Bildung von Vereinen mit der Bestimmung, für die Beschaffung von geeigneter Säuglingsmilch und für Belehrung über die Notwendigkeit der Brusternährung zu sorgen. Aber was hier geschehen ist und geschieht, es ist nicht mehr als ein Tropfen Wasser auf einem Stein, der verdunstet, ohne eine Spur zu hinterlassen.

In die Frage der Säuglingssterblichkeit spielen alle die Einzelfragen hinein, die wir unter dem Begriff „sozialer Frage“ zusammen fassen. Die Lohnfrage, die Wohnungsfrage, die öffentliche und persönliche Gesundheitspflege, die geistige und sittliche Hebung des Volkes, die Erziehung eines starken und gebildeten Geschlechts von Männern und Frauen. Wer von allen denen, die sich jetzt um die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit bemühen, denkt daran, die Sache von diesem Gesichtspunkt und bis zu diesen Zielen zu betrachten? Von all den guten Leuten und schlechten Musikanten gewiß nicht Einer!

Werden sie die Bestrebungen der Arbeiter um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit unterstützen, auf daß die Eltern sich und ihre Kinder gut und reichlich nähren und die Mütter, ohne auf Lohnarbeit ausgehen zu müssen, sich der Pflege ihrer Kleinen genügend widmen können? Werden sie der politischen Entrechtung der Arbeiterklasse in Staat und Gemeinde ein Ende machen, daß die Proletarier Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung haben und die öffentlichen Gewalten zu eingreifenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge, der Gesundheitspflege, des Wohnungswesens und der Volksbildung drängen können? Nein, von diesem Standpunkt werden die Vertreter der herrschenden Klasse die Frage nicht auffassen und deshalb werden sie auch den Kern der Frage nicht treffen. Dazu ist einzig die Arbeiterklasse imstande. Sie, die unter dem Uebel zu leiden hat, weiß es in seiner ganzen Schwere zu beurteilen und hat infolgedessen auch den Mut, seinen Ursachen und den Mitteln zu seiner Abschaffung nachzugehen. Und hier sollte gerade die Arbeiterfrau zu erkennen wissen, worum es sich handelt, wenn sie eins nach dem anderen von den kleinen Würmern, ehe es noch eigentlich zum Leben erwacht ist, unter ihren Händen dahin stechen sieht.

Wenn das Proletarierweib selber hungert, wenn es in dem Kampf um den großen Lohn keine Zeit findet, ihr Kind zu pflegen, wie sie möchte, wenn sie es dann eines Tages tot in den Armen hält, sollte sich da nicht ihr Innerstes empören gegen eine Gesellschafts-Ordnung, die Proletarier wie Fliegen achtet und sie um das Höchste bringt was es gibt: die Mutterliebe?

Der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit liegt bei der Arbeiterklasse, liegt vor allen Dingen bei der Arbeiterfrau. In dem Maße, wie die Mütter im Proletariat das Verbrechen kennen und verabscheuen lernen, das hier an ihnen verübt wird, werden sie sich den Männern anschließen zum gemeinsamen, unablässigen Kampf gegen die Wurzel alles Übels: gegen den kindermordenden Kapitalismus.

Schwer ist der Kampf und lange wird er dauern. Soll er gelingen, bedarf er des vereinigten Vorgehens von Mann und Weib. Nicht darf die Proletarierfrau durch Unlätigkeit oder Widerstand wieder zunichte machen, was der Mann errungen hat. Das hieße sich mitschuldig machen des Verbrechens, das der Kapitalismus an den Kindern des Volkes verübt.

Will man jemanden wegen seines Mutes preisen, so vergleicht man ihn mit der Löwin, die ihr Junges verteidigt. Die Arbeiterfrau sollte dieses Wort zuschanden machen und zeigen, daß menschliche Mutterliebe mindestens soviel vermag, als der dunkle Trieb des Tieres.

Proletarierfrauen, im Namen der Mutterliebe wahr eure heiligsten Güter, tretet an die Seite eurer Männer, kämpft für eure Kinder unter dem Banner des Sozialismus und der freien Gewerkschaften!

Verbandsangelegenheiten.

140. Vorstandssitzung vom 6. März 1907.

Entschuldigt fehl Burmann.

In Waldenburg haben die Ueberformertinnen bei der Firma Krister die Kündigungen eingereicht, wegen beträchtlicher Lohnreduzierungen; weiterer, bereits in Aussicht gestellter Bericht, bleibt ab zu warten. — Von Suhl wird gemeldet, daß Differenzen bei der Firma Schlegelmilch in Müdenborn aus zu brechen drohen. — Der Gauleiter Hoffmann-Flomenau beantragt die nachträgliche Bewilligung bereits geleisteter Ausgaben; dem wird statt gegeben. — Gegen die Zahlstelle Sörnewitz verfügte Polizei-Maßnahmen lassen es angebracht erscheinen, der Zahlstelle zu empfehlen, die Auflösung zu beschließen. Für die am Plage verbleibenden Einzelmitglieder würden dann vom Vorstand Vertrauensmänner ernannt werden. — Um der Versammlungsschwänzererei vor zu beugen, hat die Zahlstelle beschlossen, daß jedes Mitglied, welches ohne triftigen Grund einer Versammlung fern bleibt, dafür 4 Streikmarken zu entnehmen hat. Auf bezügliche Anfrage erklärt der Vorstand, daß dieser ordnungsgemäß gefaßte Beschluß für die Mitglieder auch verpflichtende Wirkung hat. — Bezüglich des Mitgliedes 2256, welches sich einer Kontrolle seiner Lohnstatistik widersetzt, wird es der Zahlstelle anheim gestellt, eventuell Anträge zu stellen. Eine Anfrage der General-Kommission die Herausgabe eines Jahrbuches betreffend, soll in zustimmendem Sinne beantwortet werden. — Der von Schönwald beantragten Verwendung von Mitteln aus dem 12 pCt.-Fonds der Zahlstellen, zu dem angegebenen Zweck wird bedingungsweise zugestimmt. — Der beantragten Verschmelzung von Zahlstellen-Bibliotheken mit neu zu errichtenden Zentral-Bibliotheken in Geschwenda und Oberkötzig wird unter den üblichen Bedingungen zugestimmt. — Zuschriften von Ahlen und Tiefenfurt sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Das Mitglied 8016 Cajetan Schneider, Elberfeld wird nach § 8 Abs. 3 vom Verband ausgeschlossen. — Ueber Zuschriften Oberhohndorf und Teltow betreffend, wird Beschlusfassung vertagt, weil sich Rückfrage notwendig macht. — Ein Antrag eines Mitgliedes in Ludwigsburg auf Gewährung eines Darlehens in Höhe von 400 Mk. muß auf Grund des § 40 Abs. 9 des Statuts abgelehnt werden. — Ein Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz für 7814 Ohrdruf wird nach § 25 Abs. 5 des Statuts abgelehnt. — In Rechtsschutzsache 11261 Wunsiedel werden die beantragten Kosten nach erfolgter Recherche bewilligt. — Für 8810 Rehau wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. — Für 12321 Selb wird die nach § 22 des Statuts beantragte Unterstützung abgelehnt; die bereits erfolgte Anweisung von Arbeitslosen-Unterstützung bleibt unberührt. — Für 8108 Plaue wird für vorläufig 2 Wochen Unterstützung bewilligt. — Unterstützung für 4288 Staffel wird nach § 20 Abs. 4 des Statuts abgelehnt. — Jahrgelder für 9655 Sorgau werden nach § 20 Abs. 1 des Statuts abgelehnt. — Dem Mitglied 7720 Oberkötzig wird nachträglich Unterstützung für die Zeit vom 14. 1. bis 23. 2. bewilligt. — In zwei Unterstützungssachen von Oberkötzig wird Beschlusfassung vertagt. — Die Fünferkommission des Gewerkschafts-Kartells Bonn befürwortet, dem Mitglied 1394 Unterstützung zu bewilligen. Der Vorstand hält seinen ablehnenden Beschluß aufrecht und weist einzelne Wendungen in dem Schreiben der Kommission auf das Entschiedenste zurück. — Das Mitglied 10508 Untermyhaus wird nach § 14 Abs. 6 des Statuts auf ein Jahr vom Unterstützungsbezug ausgeschlossen; die zu Unrecht bezogene Unterstützung für die Dauer von 2 Wochen soll zurückgezahlt werden. — Das Mitglied 10488 Untermyhaus wird wegen restierender Beiträge von 25 Wochen gestrichen. — Die Streichung wegen Beitragsresten des Mitgliedes 11240 Wittenberg wird noch einmal aufgehoben mit dem Hinzufügen, daß in Zukunft Anträgen dieser Art keine Folge mehr gegeben wird.

G. Wollmann, Vorsitzender.

J. Schneider, Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Schorndorf. Die Firma Porzellanfabrik Bauer & Pfeiffer sucht des öfteren Maler, Dreher, Formengießer etc. Im Anschluß daran wird uns nun mitgeteilt, daß die in jener Fabrik herrschenden Zustände nun keineswegs derartige sind, daß die Kollegen samt und sonders damit zufrieden sein können. Es wird von ihnen über die Behandlung und über Verschiedenes in der Einrichtung gellagt. Es wird daher den Kollegen zu raten sein, bevor sie Stellungen in Schorndorf annehmen, sich über die Verhältnisse dortselbst bei der dortigen Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Unterweissbach. Wie recht wir hatten, als wir in unserer Notiz in Nr. 10 die Richtigkeit des Nachsatzes des Börsenblattes

bezweifelten, in dem gesagt war, daß auch in Folge höherer Löhne die Herstellungskosten der bei der Firma Mann & Porzellan fabrizierten Waren höhere geworden waren, beweist eine Zuschrift, die wir erhielten. Darnach wissen die bei Mann & Porzellan beschäftigten Arbeiter so gut wie gar nichts von höheren Löhnen. Die oben angeführte Notiz des Börsenblattes war dem Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft für das Jahr 1906 entnommen. Welches waren nun die Vergünstigungen, die die Firma den Arbeitern im letztverflohenen Jahre einräumte? Vom November 1906 wurde den Formern und Formerinnen daß Formen- und Massetragen erlassen. Die bisher von den Formern gezahlten 2 pCt. für Formentrage kamen in Wegfall. Dann wollte die Firma die Arbeitsräume alle vier Wochen scheuern lassen, mußte aber auf Veranlassung der Fabrikinspektion diesen Zeitraum auf zwei Wochen verkürzen. Das alles dürfte der Firma keineswegs so erhebliche Unkosten verursacht haben, das dadurch die Profitrate der Aktionäre geschmälert wurde. Die Herren sind vorstichtig und tun in dieser Beziehung nicht so leicht zu viel. Wie also höhere Löhne ungünstig auf die Gewinnrate die Unternehmer eingewirkt haben könnten, ist uns mithin rätselhafter als vordem. — Erst vom Beginn dieses Jahres ab gewährt die Firma den Arbeitern einen Lohnzuschlag von 5 Prozent. Dieser Zuschlag wird jedoch nur auf den Netto-Verdienst der Arbeiter geschlagen, daß heißt er gilt nur für den Rechnungsbetrag abzüglich der Versicherungsbeiträge, Ausgaben für Farbe, Gold und Materialien. — So sehen also die Behauptungen von höheren Löhnen in den Berichten der Gesellschaft aus. Ein Beispiel für viele!

Oesterreich. Auch die böhmischen Fabrikanten folgen mehr und mehr dem Beispiel der deutschen Unternehmer und schließen sich in Berufsverbänden zusammen um durch ein gemeinsames Vorgehen einmal die Verkaufspreise ihrer Waren in die Höhe zu treiben und andererseits um den Arbeitern gegenüber gerüsteter da zu stehen. Wir berichteten ja schon über das gemeinsame Vorgehen böhmischer Porzellanfabrikanten. Jetzt folgte diesem Zusammenschluß ein solcher der übrigen böhmischen keramischen Betriebe und in der „Baukeramik“ heißt es darüber: „Die in der keramischen Industrie Böhmens von Jahr zu Jahr schlechter gewordenen Verkaufsverhältnisse — als Beispiel diene nur, daß sehr oft sogar bei öffentlichen Offertverhandlungen die Fabriken nicht mit den Händlern konkurrieren konnten, obwohl diese doch bei ihren mitkonkurrierenden Fabriken kaufen mußten — hervor gerufen durch die der Industrie eigenen Fabrikations-schwierigkeiten, gesteigerten Rohmaterialpreise und Arbeitslöhne, haben sämtliche Fabriken Böhmens geeint zu einheitlichem Verkauf, der vom 1. Januar 1907 kommissionsweise von dem Zentral-Verkaufs-Bureau für Tonwaren“ unter Leitung der Prager Kreditanstalts-Filiale besorgt wird. Es bezweckt die Regulierung der Verkaufsbedingungen, der Verkaufs- und Gestehungspreise, um die Mitglieder vor Schaden zu bewahren und dessen geschäftliche Leitung einem Aufsichtsrat obliegt, der aus den Kreisen und Vertretern der beteiligten Fabriken gewählt wird. — Hoffentlich lassen es nun auch die sämtlichen böhmischen Keramarbeiter an der Organisation nicht fehlen.

Aus anderen Verbänden.

Hafenarbeiter. In dem Konflikt zwischen Reedern und Hafenarbeitern steht unmittelbar der Ausbruch eines Streiks oder einer Massenausperrung bevor. Die Reeder beschloßen, jeden Arbeiter zu entlassen, der sich weigert, Nachtarbeit auszuführen. Die übrigen Hafenarbeiter beschloßen, bei Entlassung solcher Arbeiter Solidarität zu üben. Sie haben bereits etwa 2000 Arbeitswillige, größtenteils Engländer, angenommen. Ein Teil ist bereits angekommen und auf Logierschiffen untergebracht worden. Auf den gesamten Hafenverkehr würde der Streit von tiefgreifendem Einfluß sein, da die gegenwärtige Konjunktur außerordentlich lebhaft ist. — Der Zuzug von Streikbrecher aus England muß mit Recht volle Verwunderung erregen und die englischen organisierten Arbeiter sollten in erster Linie Mittel und Wege suchen, um diesem Trauerspiel ein Ende zu bereiten.

Holzarbeiter. Die zwischen den Vertretern der Holzarbeiter und Holzindustriellen zwecks Beilegung der berliner Differenz vor dem berliner Gewerbegericht am 12. März statt gehaltenen Einigungsverhandlungen zerschlugen sich, da die Unternehmervertreter jede Verkürzung der Arbeitszeit ablehnten. Es ist voraussichtlich mit einer Ausdehnung der Aussperrung der Holzarbeiter über ganz Deutschland zu rechnen. Die Unternehmer

scheinen sich sehr stark zu fühlen. Vielleicht täuschen sie sich aber in ihren Erwartungen.

Generalversammlungen finden statt: „Bauhilfsarbeiter am 7. April in Hamburg. Bergarbeiter am 5. Mai in Bochum. Buchbinder am 23. Juni in Nürnberg. Glasarbeiter am 31. März in Penzig. Graveure am 16. Juni in Nürnberg. Handels- und Transportarbeiter am 20. Mai in Berlin. Handschuhmacher am 19. in Berlin oder Halberstadt. Kupferschmiede am 2. April in Breslau. Lithographen am 1. April in Hannover. Lagerhalter am 21. Mai in Leipzig. Maler am 8. April in Leipzig. Maurer am 1. April in Köln a. Rh. Metallarbeiter am 20. Mai in München. Mühlenarbeiter am 19. Mai in Mainz. Portefeuille am 31. März in Berlin. Töpfer am 12. Mai in Berlin. Schiffszimmerer am 14. April in Hamburg. Zimmerer am 15. April in Köln a. Rh.“

Internationales.

International. Die schwerste Sünde, die der aufgeklärte Arbeiter begeht, ist in den Augen der bürgerlichen Welt und der Unternehmer die Internationalität der modernen Arbeiterbewegung. Im allgemeinen redet man den Leuten, die von der Arbeiterbewegung nicht viel verstehen, ein, diese Internationalität der Arbeiter sei nur der Ausfluß eines wüsten antinationalen Empfindens und jeder zum Internationalismus strebende Arbeiter müsse einem Vaterlandsfeind und -Verräter gleich geachtet werden. Wie unwahr diese Behauptungen sind, wissen unsere Kollegen, sie wissen auch, daß der Internationalismus der Arbeiter nur eine Folge der internationalen Betätigung der Unternehmer ist. Diese kennen keine nationalen Grenzen und ihnen ist es ganz gleich, ob unter ihren unbeschränkten Profitgelüsten der einheimische Arbeiter durch die gezüchtete Schmutzkonzurrenz ausländischer Arbeiter zu Grunde geht oder nicht. Diesen Leuten ist es auch völlig gleich, ob sie ihr Geld im Ausland verdienen oder aus den Aktien heimatischer Industrieunternehmungen gewinnen. Nur bei dem Arbeiter will man den Internationalismus nicht dulden, weil durch ihn dem über alle nationalen Grenzen hinaus gehenden Profitelster der Unternehmer und Kapitalisten am wirksamsten entgegen gewirkt werden kann. — Wie auch in der Porzellanindustrie die Unternehmerschaft durchaus nicht so ängstlich an der nationalen Phrase hängt, wenn es sich ums Geldverdienen handelt, zeigt folgende, einem berliner Börsenblatt entnommene Notiz, in der es u. a. heißt: „Die am 2. März abgehaltene ordentliche Generalversammlung der Duxer Porzellan-Manufaktur genehmigte einstimmig den vorgelegten Geschäftsbericht, erteilte Entlastung an Aufsichtsrat und Direktion und setzte die sofort zahlbare Dividende auf $8\frac{1}{2}$ pCt. pro 1906 fest. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde auf drei festgesetzt und Herr Bankier Moriz Herz, Direktor Eichler und Regierungsbaumeister und Stadtverordneter Stapf-Berlin in den Aufsichtsrat gewählt.“ An und für sich ist es ja nichts neues, wenn ein Berliner in dem Aufsichtsrat eines ausländischen Aktienunternehmens sitzt; die räumliche Entfernung bietet keine Schwierigkeiten, und ein Aufsichtsratsposten ist bald ausgefüllt. In der Hauptsache dreht es sich ja dabei um die Tantieme. Aber man sollte doch meinen, wenn die Unternehmer den Arbeitern das Verwerfliche des Internationalismus vorhalten, müßten sie uns mit gutem Beispiel voran gehen. Doch wir sehen das Gegenteil. Vor noch nicht zu langer Zeit kaufte die Triptiser Gesellschaft ein böhmisches Unternehmen auf, und wir empfanden es schwer genug, wie an anderen Orten englische Fabrikanten es verstanden, nach Deutschland zu kommen, um hier unter rücksichtslosester Ausnutzung der billigeren deutschen Arbeitskräfte die englische Kollegenschaft zu schädigen und die eigenen Profite zu vermehren. So lange man uns mit solchen Beispielen voran geht, werden wir international bleiben. Freilich ist dabei unser Internationalismus noch himmelhoch über dem der Unternehmer. Sie streben ja nur nach Füllung ihrer eigenen Taschen, während wir international handeln, um eine ganze Klasse zu heben und ihren gerechten Anspruch an die Kultur Weltung und dauerndes Recht zu verheeren.

Vermischtes.

Wer hetzt? Neue Hoffnungen auf die Zerspaltung der Arbeiterschaft zu Nutz und Frommen der Unternehmer schöpft ein Artikelschreiber der „Arbeitgeber-Zeitung“ aus dem Ausfall der Wahlen. Wie derselbe ausgenutzt werden könnte, wird in folgenden Zeilen gesagt: „Was indessen speziell abseiten des Unternehmertums geschehen kann, um die Krisis innerhalb der organisierten Arbeiterschaft im staatserkhaltenden Sinne auszunutzen, das ist vor allem die Bevorzugung der nicht sozialistischen

organisierten oder überhaupt nicht organisierten Arbeiter gegenüber den Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Wird in dieser Hinsicht ein einigermaßen zielbewusstes Zusammenhalten des Unternehmertums zur Tatsache, so werden die Arbeiter sehr bald selbst erkennen, ob sie wirklich ihrem eigenen Nutzen dienen, wenn sie ihr Verdienst zur Auffütterung der Streiklassen verwenden, anstatt die gleichen Summen nutzbringend in den Fabrik- und sonstigen Sparklassen anzulegen.“ Diesen innersten Wunsch einer schönen Unternehmenseule werden die denkenden Arbeiter sicher zu würdigen wissen.

Tirschenreuth. Man schreibt uns: Vor dem hiesigen Amtsgericht hatte sich am 20. Februar wegen Beleidigung der Genosse Taumann aus Wunstedel zu verantworten. Die Anklage stützte sich auf folgendem Tatbestand. Zu einer am 7. Oktober v. Js. in Tirschenreuth einberufenen christlichen Gewerkschaftsversammlung waren auch die Genossen der freien Gewerkschaften eingeladen. Dieser Versammlung ging eine von unserer Seite einberufene voraus, zu welcher trotz Einladung und Zusage die christlichen Führer nicht erschienen. Der Kartellleiter vom Kronach, Hempfling, fuhr damals anstatt nach Tirschenreuth nach Ehlersheim, welches bekanntlich gar keine Bahnstation hat. Zu dieser von den Christlichen auf den 7. Oktober einberufenen Versammlung hatte S. endlich den Weg nach Tirschenreuth gefunden. In seinem Referat, behauptete er u. a. auch, die christlichen Gewerkschaften seien bestrebt, die Bildung ihrer Mitglieder zu heben. An diese Ausführungen knüpfte der Genosse Taumann als Diskussionsredner an und meinte, daß gerade von Christlichen in dieser Hinsicht sehr wenig, wenn noch gar nichts geschehen sei. Wie ihm mitgeteilt worden sei, habe das Bezirksamt Neustadt a. d. W. eine Eingabe um Errichtung eines Gewerbegerichts mit der Begründung abgelehnt, die Arbeiterschaft sei dazu nicht reif. Irrtümlich hatte der Genosse Taumann hier das Bezirksamt Neustadt mit dem in Neunburg vorm Wald verwechselt, denn von diesem war der zitierte Bescheid ergangen auf eine Eingabe des Genossen Weiß in Weiden. Die Versammlung endete mit einer riesigen Blamage und kolossalen Niederlage der Christen. Der in der Versammlung anwesend gewesene Stadtpfarrer Staudinger hatte nun nichts eiligeres zu tun, als das Bezirksamt, und speziell seinen Freund-Schächtl in Neustadt a. d. W. zu benachrichtigen, daß über ihn diese Äußerung gefallen sei. Auf den genauen Ausdruck konnte er sich nicht mehr besinnen, aber der Angeklagte könne gesagt haben, die Geißlichkeit hätte 1900 Jahre die Arbeiterschaft gedrückt. Der Angeklagte bemerkte hierzu, daß, wie es scheine, den Zeugen sein Gedächtnis sehr im Stiche gelassen habe, denn er habe gesagt, 1900 Jahre habe die Geißlichkeit ruhig zugehört, wie die Arbeiterschaft von den Unternehmern ausgebeutet und in ihrer wirtschaftlichen Lage immer weiter herunter gedrückt wurde. Nun, wo die Arbeiterschaft daran gehe, ihre Lage durch die Gewerkschaften zu bessern, sei die Geißlichkeit daran, einen Keil in diese Bewegung hinein zu treiben. Zeuge gab dies dann, wenn auch kleinlaut, zu. Der als Zeuge anwesende Genosse Weiß bestätigte, daß er auch heute noch der Meinung sei, der ablehnende Standpunkt des Bezirksamts in Neunburg stütze sich auf die von dem Angeklagten gemachten Äußerungen, denn wenn es in dem Bescheid hieße, die Personenfrage würde Schwierigkeiten bereiten, so könne man zu keinem andern Schluß kommen. Auch Arbeitskollegen, die er den Bescheid habe lesen lassen, seien zu derselben Meinung gekommen. Der Amtsanwalt beantragte 10 Tage Gefängnis und Publikation des Urteils im Tirschenreuther Volksboten. Der Verteidiger Dr. Süßheim aus Nürnberg plädierte in längerer Ausführungen auf Freisprechung des Angeklagten. Das Urteil lautete auf 30 Mk. Geldstrafe, eventuell 6 Tage Gefängnis. — Berufung gegen dieses Urteil ist eingelegt.

Rudolstadt. In der Tagespresse lesen wir: „Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt beschloß einstimmig, unter Berücksichtigung der wachsenden Zahl von Fabrikarbeiterinnen im Gewerbeaufsichtsrate des Fürstentums eine Fabrikinspektorin anzustellen.“

Russland. Die nach dem neuen Wahlgesetz gewählte Duma, das russische Reichsparlament, ist anfangs März zusammen getreten. Die Parteien sind in folgender Stärke vertreten: Sozialdemokraten 64, Sozialrevolutionäre 34, Volkssozialisten 7, Arbeitsgruppe (Trudowiki) 24, Linke 94, Rabetten 92, den Rabetten Nahestehende 3, Friedl. Erneuerung, Partei der demokr. Reform 3 bezw. 1, Fortschrittler —, Polnische Nationalisten 35, Gemäßigte Rechte 42, Oktoberisten 35, Monarchisten 35, Partellos 29, insgesamt 498. Da sich eine der Regierung bedingungslos folgende Mehrheit nicht finden wird, so darf man mit einer baldigen Wiederauflösung des Parlaments rechnen.

Sorau. Uns wird geschrieben: „Wegen Unterschlagung hatte sich der frühere Kassierer der Ortskrankenkasse 3, Wilhelm Fürst, vor der Strafkammer zu verantworten. Auf eine Anzeige hin, wurde plötzlich Ende November eine Revision vorgenommen, wobei ein Fehlbetrag von 468 Mk. konstatiert wurde. Ferner wurde festgestellt, daß eine Anzahl Beiträge gar nicht gebucht worden waren, so daß sich der fehlende Betrag auf 576,90 Mk. erhöhte. Diese Summe will nun Fürst in der Wirtschaft verbraucht haben, doch das Gegenteil wurde vor Gericht erwiesen; er hat gespielt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt aber 1 Monat für angemessen. Fürst, der von Beruf Porzellanmaler ist, wollte nach der Unterschlagung jedoch sofort zeigen, daß er auch ein ganz nützlicher Mensch der jetzt bestehenden Ordnung sein kann. Da seine bisherigen Berufskollegen gerade im Streit standen, fand sich gleich Gelegenheit, sich als Arbeitswilliger bei seinem früheren Chef — den Porzellanfabrikbesitzer Herrn Böhm, welcher zugleich das Ehrenamt als Vorsitzender der bestohlenen Kasse bekleidet, vorzustellen.“

Deutsche Justiz. Im Anschluß an die letzte große Metallarbeiterausperrung in Breslau, in deren Verlauf ja auch dem Arbeiter Diebold von einem noch immer nicht aufgefundenen Schutzmännchen eine Hand abgehackt wurde, wurde gegen einen Beauftragten der Arbeiter ein Erpressungsverfahren eingeleitet, das mit der Verurteilung des Betreffenden endete. Derselbe hatte die Unternehmer ersucht, nach zu geben, widrigenfalls die Arbeitsniederlegung erfolgen würde. Das war Erpressung. Nun hatten aber die Unternehmer auch den Arbeitern gegenüber erklärt, wer nicht zu den alten Bedingungen arbeiten will, wird ausgesperrt. Das war aber keine Erpressung; denn die in Frage kommenden Instanzen lehnten ein Einschreiten gegen diese Fabrikanten ab. Genosse Wolfgang Heine, der in dieser Angelegenheit die Sache der Arbeiter führte, schildert den Fall in eingehender Weise und sagt am Schlusse seiner recht interessanten Ausführungen: „Natürlich werden alle beteiligten Justizorgane für sich in Anspruch nehmen, daß sie nach bestem Gewissen und juristischer Ueberzeugung gehandelt hätten. Das will ich ihnen gern zugestehen. Aber die Öffentlichkeit muß die Justiz nicht in erster Reihe nach einem solchen subjektiven guten Glauben, sondern nach den objektiven Verhältnissen beurteilen, und wenn in solchen Fällen Arbeiter verurteilt werden, Kapitalisten aber nicht, so mag niemand nervös werden, wenn man diese Tatsache trotz allen guten Glaubens als „Klassenjustiz“ bezeichnet. Für den Gesetzgeber erwächst daraus die dringende Pflicht, schleunigst die Möglichkeit einer solchen doppelten Rechtsprechung zu beseitigen.“

Feuilleton.

Die am Wege sterben

In der Gaststube des Gewerkschaftslokals, das auch die Herberge für die organisierten Arbeiter in sich schloß, saßen sie am Silvesterabend erzählend beisammen um das neue Jahr zu erwarten. Einige Parteifreunde hatten sich eingefunden und zu ihnen gesellten sich einzelne von den „Kunden“, für die es auch in dieser Zeit keine Ruhe gab. Einer war unter ihnen, der schon öfter da war. Es war ein Brauer, der aus Holland stammte, nun in Deutschland schon an die zehn Jahre herum reiste und weder Freund noch Verwandte hier hatte. Arbeit fand der Mann, der schon in den Fünfzigern stand, nicht mehr. Er zog von einer Brauerei in die andere, um hier und dort eine kleine Unterstützung von den Kollegen zu erhalten. Notdürftig kam er durch. Es gibt manch solche Existenz unter den Armen, die auf den Landstraßen dahin ziehen.

An jenem Abend war der „Alte“ nicht wohl. Still und in sich gekehrt saß er da. Als es 11 Uhr wurde, wollte er in sein Bett gehen. Von dem Empfang des neuen Jahres möchte er nichts wissen. „Ob Neujahr oder Weihnachten, es ist ganz gleich, für uns Kunden ist ein Tag wie der andere.“ So antwortete er denen, die ihm zuredeten zu bleiben. Er klagte über Schmerzen im Leib und ging in sein Bett.

Mit ihm in demselben Zimmer schlief ein anderer Herbergsgast, der in der Nacht durch schmerzliches Stöhnen seines Kameraden aus dem Schlafe geschreckt wurde. Er trat zu ihm ans Bett und bot seine Hilfe an. Sie nützte nichts mehr. Der Holländer verzerrte schmerzvoll sein Gesicht, richtete sich im Bett auf und fiel gleich darauf tot zurück. Das neue Jahr zählte erst drei Stunden.

Am nächsten Morgen kam die Polizei, besah den Toten und

nahm dessen Papiere mit. Nach der Polizei kam der Arzt. Er steckte den Kopf zur Kammertür hinein, überflog den Toten mit einem Blick und konstatierte: „Der ist tot!“

Dann ging er hinunter und füllte den Totenschein aus. „Was schreiben wir nun?“ fragte er den Herbergsvater. „Na, sagen wir Darmentzündung“, beantwortete er selbst seine Frage.

Und so geschah es denn auch. Der Holländer war an Darmentzündung gestorben, jedenfalls weil der Arzt gehört hatte, daß der arme Kerl vorher über Leibschmerzen geklagt hatte.

Das alles erzählte mir mein Begleiter, der Wirt des Gewerkschaftslokals, als wir einige Tage später zum Friedhof gingen, um den einsam verstorbenen Proletarier zur letzten Ruhe zu bestatten.

Wir kamen zu früh zum Friedhof. Vor unserem Toten sollte noch ein anderer begraben werden. Die Flügeltüren der Leichenhalle standen offen. Vor dem Altar stand ein mit Kränzen reich geschmückter Sarg. Er hüllte die Reste eines jungen Menschen ein, der im Leben eine mittlere Beamtenstelle eingenommen hatte. Die Trauerfeierlichkeit hatte noch nicht begonnen und die Leidtragenden, Herren in Uniformen der Post und solche in schwarzen Röcken und mit hohen Hüten standen leise plaudernd in kleinen Gruppen beisammen.

Ich ging mit meinem Begleiter über den Friedhof. In dem äußersten Winkel desselben waren noch einige leere Stellen. Von dort sah man über einen niedrigen Heckenzaun auf die angrenzenden Felder bis hinüber zu den sanft gerundeten Hügelkuppen, die gegen Osten den Horizont abschlossen. Es war vormittags. Die Tage vorher hatte es geschneit, dann wieder getaut und zuletzt gefroren. Die Wege waren glatt und es war schlecht zwischen den Gräbern zu gehen.

Wir kamen zu den frisch aufgeworfenen Gruben. Die eine war fertig. Die aufgeworfenen Erdbügel, die sie umgaben, waren mit grünen Tannenzweigen bedeckt. Hier sollte der junge Mann, den eine zehrende Krankheit abgerufen, ruhen. Neben ihn wird der Handwerksbursche hinkommen. An dessen Grube arbeiteten noch zwei Männer. Einer von ihnen stand in dem Loch und schöpfte mit einer Gießkanne eine Unmenge Wasser heraus. Der geschmolzene Schnee war in die Grube gelaufen. Ein Kübel nach dem andern wurde hinaus gegossen. Rötlich-schmutziges, erdiges Wasser war es, das von dem Sandhaufen herunter strömte, das in vielen kleinen Rinnfäden uns unter den Füßen dahin lief und die Umgebung des neuen Grabes wie mit blassen Blutfäden durchzog. Ich konnte mich eines geheimen Schauders nicht erwehren. Schmutzig und feucht war die Grube, kalt das Wasser und wenn etwas davon zurück bleibt, wird es bald den Armensarg durchdringen. Dort möchte ich nicht stehen bleiben.

In einem Seitengange stehend, erwarteten wir den ersten Leichenzug. Auf dem Hauptweg kam er daher. Vornweg ein Kreuzträger. Von dem Kreuze wehte ein langer Flor. Auch von den Säben, die ein paar andere Trauerdiener trugen. Dann folgten paarweise gegen zwanzig uniformierte Briefträger. Nun kam der Sarg, hoch auf einer Bahre, getragen von vier Leichendienern. Hinter dem Sarge ging der Geistliche und ihm folgten die übrigen Leidtragenden. Die Feierlichkeit am Grabe dauerte nicht lange. Einige Worte des Geistlichen, die der Wind in die uns entgegen gesetzte Richtung trug, dann nahmen alle die Hüte ab — die Aengstlichen nur wenige Millimeter hoch — die drei Erdbrocken wurden in die Grube geworfen und schnell zerstreute sich die Trauerschar auf den einzelnen Gängen, eilend dem Ausgang zustrebend.

Wieder wartete ich eine Zeitlang. Mein Begleiter war in die Halle gegangen, um zu sehen, ob man auch unserem Toten eine Leichenrede hielt. Es dauerte nicht lange, so nahte der zweite Zug. Er war kürzer als der erste. Vornweg wieder der Kreuzträger, dann die vier Träger mit dem Sarge und dahinter der Friedhofszinspektor, ein Abgesandter vom Magistrat, der Geistliche, die Leichenfrau und mein Begleiter. Als der Zug meinen Platz passierte, schloß ich mich ihm an.

Ich sah auf den Sarg. Es war ein Armensarg; aus einigen schmucklosen Brettern zusammen geschlagen und ein wenig weiß getüncht. Die Lünche deckte nicht recht und das Holz schimmerte durch das Weiß hervor. Auch schien der Deckel nicht recht zu passen. Zwischen dem Ober- und Unterteil des Sarges klappte eine Lücke, etwas Dunkles, Unbestimmtes sah hindurch. Was es war konnte ich nicht erkennen. Aber wieder überließ mich das ungewisse Grausen, das mich an der offenen Grube gepackt hatte. Ich sah wieder die rote, klebrig aussehende Erde, wie ihre schmierige, schwer lastende Masse die dünnen Bretter des Armensarges zerdrücken wird. Ich dachte an das kalte, eisige, wie blutgefärbte Wasser, wie es gierig eindringen wird durch die Ritzen und klaffenden Lücken dieses dürftigen Totenschreines.

Doch warum das Grausen? Der arme Kerl, der unter dieser dünnen hölzernen Hülle liegt, ist ja tot, ganz tot und fühl- und wunschlos. Und dann, wird der arme Mensch nicht manches Mal, als er noch lebte, wie noch warmes Blut durch seinen Körper rann, als er noch fühlte, wünschte und vielleicht noch hoffte, ebenso in Kälte, Ralte, Schmutz und Finsternis geruht haben? Er hat ja im Leben schon so viel frieren und leiden müssen, im Tode wird's ihm weniger verschlagen.

Wir kamen am Grabe an. Der Geistliche, ein junger Mann — wie man mir sagte ein Hilfsprediger, der nur gelegentlich an jenem Tage dies Amt versah — stieg auf den Rand der Gruft. Er wußte nicht recht, was er sagen sollte. Von dieser Leiche hatte er vorher keine Kenntnis, nur einiges, was man ihm auf dem Wege hinter dem Sarge gesagt hatte, mußte er.

„Ein Fremder, Freunde, ist es, den wir heut bestatten. Wir kennen seinen Namen nicht, noch wissen wir seine Heimat. Hat er Freunde, liebe Verwandte, die um ihn in weiter Ferne trauern, sehnt sich ein altes Mütterchen nach ihm, denken Geschwister, Kinder oder eine Gattin des Ruhenden? Wir wissen auch nicht, ob er immer und alle seine Pflichten gegen Gott und die Menschen erfüllt hat. Darum können und wollen wir nicht über ihn richten.“

„Heimatlos ein schweres Los!“

„Möge das Schicksal dieses Armen uns ermahnen, gegen jedermann unsere Pflicht zu tun, auch gegen den, der hier tot vor uns liegt. Wir wissen nicht, wem von uns ein Gleiches passieren kann.“

Das Uebrige der geistlichen Worte hörte ich nicht, sie interessierten mich auch nicht. Vor mir sah ich den Armen, den ich im Leben nie erblickt. Ich sah ihn arbeiten, kämpfen um seine Existenz. Draußen auf der Landstraße, in den Pennen stellte ich ihn mir vor. Oft hungrig, entwöhnt so manchen Genusses, beaufsichtigt und argwöhnisch betrachtet von Gendarmen, Polizisten und fatten Bürgerleuten, denen sich seine Hand vielleicht manches Mal bittend entgegen streckte. „Heimatlos ein schweres Los.“

Ich stellte mir ihn, der nun dort vor mir ruhte, vor, wie er krank wurde, unter Schmerzen leidend, sich weiter schleppte. Wie so vielen der alten „Tippelbrüder“ hielt auch ihn eine gewisse Scheu davon ab, in ein Krankenhaus zu gehen. „Dort bringt man uns bald um die Ecke; denn niemand will für uns bezahlen.“ So mancher „Kunde“ spricht so, und als der Arme vor mir noch lebte, sagte er dasselbe.

Nun liegt er da, in seinem engen Schrein. Endlich ist er entrückt dem erbarmungslosen Kampf ums Dasein, den Leiden, Mühen, Entbehrungen und Demütigungen, die das Leben für die Armen auf der Landstraße so überreichlich mit sich bringt. Dem Spital war er ausgewichen, der Tod hatte ihn doch in seine Arme genommen. Der Tod hält sich weder an Zeit noch Ort. Als des Jahres erste Stunden schlügen, nahm er den Armen mit sich, fern von dessen Heimat, inmitten fremder Menschen.

Er starb am Wege . . .

Der Sarg sank in die Gruft. — Mir war als endete damit ein langer, langer Seufzer, wie ihn nur ein gequältes Menschenherz ausstoßen kann. Und dieses erlösende Stöhnen vermischte sich mit dem leichten Winde, der jetzt über die Gräber strich, der immer stärker anwuchs und am östlichen Himmel die grauen Wolken zerriß, so daß ein Schein der wärmelosen Winter Sonne wie ein letzter Gruß über das offene Grab des Heimatlosen huschte . . .

Als wir zurück gingen, sagte die Leichenfrau zu meinem Begleiter:

„Haben Sie gesehen, ein Totenhemd haben wir ihm auch angezogen?“

Früher soll es vorgekommen sein, daß man solche armen Kerle ohne Totenhemd begrub. Aber die menschliche Humanität unserer Zeit läßt sich nicht verleugnen. Jetzt gibt man den Hungernden, Obdachlosen, Gehegten und Verwundeten auch im Tode noch etwas: Ein Totenhemd.

Den Lebenden gegenüber ist man häufig weniger freigebig.

S. 3.

Versammlungsberichte etc.

j. Eisenach. Die letzte Zahlstellenverwaltung konnte den Beschluß des Hauptvorstandes, denjenigen Zahlstellen, welche die Lohnstatistiken nicht vollständig eingesandt haben, die Unterstützungs- u. Anweisungen solange zu verweigern resp. rückgängig zu machen, bis dies geschehen, nicht gut heißen. Daß der Beschluß praktisch nicht durchführbar ist, mußte sich der Hauptvorstand, welcher früher selbst in Zahlstellenverwaltungen war, sagen; denn es ist in manchen Fällen trotz intensiver

Arbeit nicht möglich, diese Statistiken vollständig herein zu bekommen. Daß nun die pünktlichen Mitglieder für die säumigen büßen sollen, kann nur das Resultat haben, daß wir eventuell eifrige Mitglieder verlieren, weil dieselben ihrer statutarischen Anrechte an den Verband durch diese Maßregel des Verbandsvorstands verlustig gehen. Dann wolle derselbe bedenken, was es für Opfer an Geld und Arbeit gekostet hat, eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, bei der Durchführung dieser Maßregel es aber sehr leicht ist, daß statt dessen eine Abnahme sich bemerkbar machen kann. Die Zahlstelle Eisenach ist daher der Ansicht, daß sich diese Maßregel nur auf säumige Mitglieder erstrecken darf, wogegen sich kein Mitglied, welches die Verbandsinteressen vertritt, auslehnen wird.

h. Eisenberg (7. Agitationsbezirk). Die am Sonntag, den 3. März, vormittags 11 Uhr im Waldhorn zu Unterhauß stattgefundene Vertrauensmännertkonferenz war von sämtlichen Vertrauensleuten und dem Genossen Hoffmann-Ilmenau besucht. Die Tagesordnung war folgende: Bericht der Agitationskommission und der Vertrauensleute. Geht die Bewegung in unserem Bezirk vorwärts? Verschiedenes. Aus den Berichten der Vertrauensleute geht hervor, daß die Zahl der Mitglieder in letzter Zeit in den meisten Zahlstellen gewachsen ist. Jedoch weigern sich in einigen Fällen weibliche Mitglieder die erhöhten Beiträge zu bezahlen. Dieselben sollen von den Verwaltungen und Vertrauensleuten über Zweck und Nutzen der Statistik aufgeklärt werden, eventuell was ihnen bei eintretender Arbeitslosigkeit für Vorteile aus der erhöhten Beitragsleistung entstehen. In sanitärer Hinsicht steht es in manchen Fabriken noch recht schlecht. Von einer Fabrik konnte berichtet werden, daß regelmäßig gescheuert wird. Ventilationen sind meistens nicht vorhanden, was gerade in den Porzellanfabriken mit der enormen Staubeentwicklung zu großen Schäden und Nachteilen der Gesundheit der Arbeiter führt. Hauptsächlich wird von Unterhauß in dieser Weise wenig Erfreuliches berichtet. Dort sollen die Arbeitsräume feucht sein. Ebenfalls haben dort die Arbeiter unter den Masserverhältnissen zu leiden. Die Masse kam mitunter von außerhalb gefroren an und andern Tags sollte sie verarbeitet werden. Dabei ist es diesen Winter des öfteren vorgekommen, daß zum Frühstück 4—5 Grad Wärme vorhanden waren. Trotzallem muß und soll die Arbeitszeit pünktlich eingehalten werden. Was die Lohnverhältnisse anbetrifft, so lassen dieselben in den meisten Fabriken zu wünschen übrig. In letzter Zeit ist es durch die Einigkeit verschiedener Branchen gelungen, kleinere Lohnaufbesserungen zu erzielen. Was die Behandlung anbelangt, so wird von Reichenbach angeführt, daß dieselbe vom dortigen Werkführer und selten des Frl. Schwabe eine bessere sein könnte. In einem Falle, wo sich ein Ober an eine Arbeiterin zu Tätlichkeiten hinreißen ließ, wurde durch geschlossenes Vorgehen sämtlicher Arbeiter dessen sofortige Entlassung bewirkt. Zu Punkt 2 berichtet Genosse Hoffmann, daß im allgemeinen die Bewegung im Thüringer Lande gute Fortschritte zu verzeichnen hat, jedoch ist im hiesigen Bezirk prozentual wenig erreicht worden. Im ganzen, führt Redner aus, sind in seinem Gau seit der letzten Generalversammlung zirka 3000 Mitglieder gewonnen worden. Das Hauptaugenmerk müsse im hiesigen Bezirk auf Hermisdorf und Umgebung gerichtet werden, weil dort noch der größte Teil der Arbeiter zu organisieren sei. Auf eine Entgegnung eines dortigen Genossen erklärte Genosse Hoffmann, daß das, was in den schwärzesten Gegenden Thüringens möglich ist, auch dort, wo die Organisation schon eine Reihe von Jahren festen Fuß gefaßt hat, möglich sein müsse. Redner verweist auf Raghütte, Großbreitenbach, Lambach, Scheibe, u. wo jetzt stattliche Zahlstellen gegründet wurden. Zu Anfang seiner Tätigkeit existierten in Thüringen 45 Zahlstellen jetzt deren 75. Hierauf entspann sich eine lebhafte Debatte, nach deren Schluß beschlossen wurde, in allen Ortschaften, wo sich Porzellanarbeiter befinden, Besprechungen, wo angängige Versammlungen abzuhalten. Genosse Hoffmann gibt uns anheim, daß zwecks Agitation ihm jetzt eine Genossin sowie zwei Genossen zur Verfügung stehen, die jederzeit Referate übernehmen würden. Ferner bittet er, daß die Vertrauensleute und Verwaltungen besser als bisher mit ihm in Verbindung bleiben und ein von ihm in nächster Zeit zu versendendes Formular gewissenhaft ausgefüllt, rechtzeitig an ihn zurück gesandt werden möge. Das hieraus gewonnene Material (Gewerbeinspektion betreffend) soll in Broschürenform zur Ausgabe gelangen. Unter Verschiedenem wurde ein Antrag angenommen, womöglichst die Maßfeier durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Von Seiten einiger Mitglieder als Gäste, wurden verschiedene Anregungen gemacht, die den Zahlstellen zur Diskussion übergeben werden. Bemängelt wurde ferner, daß sonst tüchtige Genossen es unterlassen, ihre mitarbeitenden Frauen oder Töchter zum Verbands zu melden. — Die nächste Konferenz soll zwecks Agitation in Hermisdorf stattfinden. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Vertrauensleute auf, recht tatkräftig zu arbeiten um in diesem Jahre dem Verbandsrecht viele neue Mitglieder zuzuführen.

h. Eisenberg. Die Zahlstellenversammlung vom 9. März war von 135 Mitgliedern besucht. Es wurden 8 Aufnahmen erlobigt; damit hat die Zahlstelle die Mitgliederzahl von 500 überschritten. Nachdem ein Aufsatz von Meuselwitz verlesen, wurde ein eingegangener Antrag der Zahlstelle Magdeburg-Neustadt zur Beschlussfassung der Versammlung vorgelegt. Derselbe verlangt, daß eine Mitgliederabstimmung über die Frage, entscheiden soll, ob beim Bezug von Krankengeld der Sonntag mit als Wartezeit gerechnet werden soll. Die Versammlung stimmte dem Antrag Magdeburg-Neustadt zu. Es folgte der Kartellbericht und immer wieder mußte auf den Fleischerboykott aufmerksam gemacht werden. Auf Anregung des Kartells meldeten sich einige Genossen und Genossinnen zu Kontrolleuren beim Fleischerstreit. Die Versammlungsanzeigen sollen in Zukunft nicht mehr im Eisenberger Nachrichtenblatt, sondern nur noch in der Ameise und Volkszeitung inseriert werden. Bezüglich der Bierfrage bei Bremer und Schmidt wird mitgeteilt, daß in der Malerei kein Kraft'sches Bier mehr getrunken wird. Jedoch richten sich die andern Abteilungen nicht darnach. Dort wird noch immer dessen Bier konsumiert, der die Eisenberger Arbeiter als Lumpen ufm. bezeichnet hat. Schließlich helfen bei diesen Arbeitern alle Worte nichts. Ein bißchen Selbstachtung kann man den Leuten allerdings nicht nachreden; sie wollen moralisch geprügelt sein. Beim zweiten Punkte wurde ein ausführlicher Bericht von der Konferenz in Unterhauß gegeben. In der Debatte wurde angefragt, ob in Eriptis keine Agitation unternommen werden könnte. Zu Punkt 3 wurde auf Antrag beschlossen, den ersten Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. Die Meinung der abwesenden Mitglieder soll durch Liste festgestellt werden. Beim 4. Punkte setzte eine lebhafte Diskussion über alle möglichen Sachen ein. Wenn wir nicht alles zu Pro-

totoll bringen konnten, so lag es nicht an uns. Eine Genossin machte auf den Vogeltot des Rufedes Rindermehl aufmerksam. Dies galt ausschließlich den Frauen. Weiter beschwerte sich ein Genosse über zu ungenügende Ventilationsverhältnisse in der Dreherei bei Reinecke. In dieser Sache wurde von den Inhabern der Firma mehr wie einmal Abhilfe zugesagt; die Arbeiter warten heute noch auf Aenderung. Zum Schluß brachte unser Arbeitsvermittler Runge noch ein Schreiben von Weißwasser zur Kenntnisnahme, worin die dortige Zahlstelle ein Eintreten für den obligatorischen Arbeitsnachweis befürwortet. Da sich mittlerweile die Reihen sehr gelichtet hatten, wurde die Besprechung dieser Frage auf nächste Versammlung vertagt.

k. Germersheim. Bei der am 2. März tagenden Versammlung, die sehr gut besucht war, wurde eine Klage laut, welche wir im Interesse aller Kollegen hier veröffentlichen. In dem Emailierwerk Klee & Leinenweber herrschen ganz besondere Mißstände. Wie die Herren im vorigen Jahr ausdrücklich betonten, wollen sie ihren Arbeitern gegenüber nur das Beste. Wie das geschieht, möge folgendes zeigen: Zwei neu hinzu gereisten Kollegen wurde erklärt, daß sie den ausbedungenen Lohn von 4 Mk. nicht verdienen und deshalb für 30 Pfg. pro Tag billiger arbeiten müßten. Die Herren taten dies aber nicht wegen nicht genügender Arbeitsleistung, sondern wegen flauen Geschäftsgangs und überfüllter Lagerräume. Derselbe Fall passierte vorigen Jahres einem anderen Kollegen.

s. Kronach. In der letzten Zahlstellenversammlung vom 2. März wurde unter anderem auch Bezug genommen auf die Stellung des Stadtmagistrats Kronach den projektierten Erweiterungsbauten der Porzellanfabriken Kühnlenz und Rosenthal gegenüber. Die Stadtverwaltung hat ortspolizeiliche Vorschriften erlassen, dessen Bestätigung bis heute von der Regierung noch nicht erfolgt ist, wonach den beiden Fabriken wegen der Rauch-, Ruß- und Geruchplage es fürderhin unmöglich gemacht werden soll, innerhalb ihrer Bebauungsflächen sich weiter auszudehnen. Das königl. Bezirksamt machte einen Vermittlungsvorschlag dahingehend, daß der noch unbebaute Boden der beiden Fabriken zur Erweiterung dieser Betriebe Verwendung finden kann und sich die ortspolizeilichen Vorschriften lediglich auf Neuanlagen begrenzen sollen. Der Stadtmagistrat Kronach hat nicht nur den Vermittlungsvorschlag des Bezirksamtes unberücksichtigt gelassen, sondern vielmehr noch einem Gutachten des Herrn Beirats geschlossen zugestimmt, welches starke Behauptungen in Bezug auf die Belastung der Gemeinde durch die Industrie enthält. Dieses Schriftstück wurde auf Grund einer Erwiderung längst vergangener Angriffe des Herrn Dr. Jaffe-Charlottenburg im „Fränkischen Wald“ zum Abdruck gebracht, worauf unser Genosse Seelmann eingehend die nicht zu beweisenden Angriffe des Stadtbaurats insbesondere den jugendlichen Arbeitern gegenüber gebührend widerlegte und zurück wies. Die heutige Versammlung beschloß deshalb, dem Genossen Seelmann für sein aufklärendes Eingreifen und für die sachliche Verteidigung der Arbeiterschaft, gegenüber dem Stadtbaurat den Dank auszusprechen.

w. Poessneck. Die am 7. März im Gewerkschaftshaus abgehaltene Mitgliederversammlung war von 80 Mitgliedern besucht. Fräulein Glzmann sprach über das Verhalten der Unternehmer den Organisationen gegenüber, sie führte die hohen Gewinne derselben, die schlechten Arbeitsräume, die hohen Schwindnachts- und Sterblichkeitsziffern der Porzellanarbeiter und niedrigen Löhne an und forderte die Anwesenden auf, treu zur Organisation zu stehen, nur dadurch kann eine Besserung erreicht werden.

s. Reichenbach. In der Versammlung vom 9. März kam zuerst ein Schriftstück zur Verlesung, worin es sich um einen Kollegen der Malerei der Firma Schwabe & Comp. handelt. Betreffender stand in Kündigung und hatte die letzten fünf Arbeitstage für 14,80 Mk. Arbeit fertig gestellt; dazu hatte er für 8,40 Mk. Gold verbraucht, sodaß ihm noch 6,40 Mk. verblieben. Nun sollte er am Freitag noch eine Arbeit machen, an der jedoch nichts zu verdienen war. Der Kollege weigerte sich, ging zum Obermaler und verlangte andre Arbeit, erhielt jedoch den Bescheid, andere Arbeit gibt es nicht. Darauf verließ der Kollege die Fabrik. Als er nun am Sonnabend seinen Wochenlohn von 6,40 Mk. holen wollte, waren ihm, weil er die Kündigungszeit um 1 1/2 Tag zu früh verlassen hatte, 3 Mk. Entschädigung abgezogen, so daß noch bare 3,40 Mk. für 5 Tage Arbeit übrig blieben. — Der Vertrauensmann gab den Bericht über die Vertrauensmänner-Konferenz des 7. Agitationsbezirks, wobei er auch die Erfolge der einzelnen Zahlstellen klar vor Augen führte mit dem Bemerken, hier sehe man wieder den Erfolg einer guten Organisation. Schwer gerügt mußte die Säumigkeit der Mitglieder betreffs der Lohnstatistiken werden und wurden nach längerer Debatte die Unterklassierer aufgefordert, die Lohnstatistiken öfters zu kontrollieren, zugleich auch die Lohnbücher nach zu sehen ob diese mit den Angaben übereinstimmen. In der Dreherei herrschen in Bezug auf Reinlichkeit und wegen des Reihens arge Mißstände und wird beschlossen, eine Kommission solle in dieser Sache vorstellig werden, sowie auch eine Kommission betreffs Erzielung eines besseren Preises für einen Artikel vorstellig werden soll. Es kam auch zur Sprache, daß die Firma, um die Arbeiter besser in der Hand zu haben und zum Bleiben zwingen zu können, die Kollegen einen Vertrag unterzeichnen läßt, worin sie sich verpflichten müssen, sich jede Woche von ihrem Verdienst 50 Pfg. abzuziehen zu lassen, die daraus entstehende Summe wird bei zufriedenstellender Arbeit oder wenn die Firma kündigt den Arbeitern im ersten Falle am Jahresschluß, im zweiten beim Abgang ausbezahlt, kündigt jedoch der Arbeiter oder wird er dazu gezwungen — so behält die Firma das Geld.

Adressen-Nachtrag.

Elberfeld. Wf. Weyer, Neue Friedrichstr. 6 b III.
Kleindembach. Unser Vertrauensmann in Röstig heißt nicht Strang sondern Stang. — E. Senferth, Ko.
Neuhaldensleben. Hans Wegig, Maler, Schriftführer, Wwenslebener-Straße 19.
Rehau. Worf. Albert Schlegelmilch, Maler.
Reichenbach. Schf. Eduard Seig, Bergläher, St. Gangloff. Wf. Otto Gerhard, Maler.

Ruhland. Wf. u. Wrm. Max Schneider, Langestr. 28). Schf. Heinr. Seyler, Schützenstr. 11. Adolf Czechowski, Schwarzbacher Weg.
Tiefenfurt. Schf. Gustav Welzel, Dreher.

Sterbetafel.

Eisenberg. Karl Schmidt, Dreher, geb. 27. Oktober 1861 in Gesselsdorf, gest. am 16. März 1907.

Rudolstadt. Louis Müller, Porzellanformer, geboren am 28. Oktober 1848 zu Delze, gestorben am 10. März 1907 an Lungenerweiterung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen

- Ahlen.** Sonnabend, 28. März. Genosse Hoffmann-Bielefeld referiert über das Thema: „Was lehren uns die verflochtenen Reichstagswahlen?“
- Altwasser.** Sonnabend, 28. März, 8 Uhr, Bibliothekbücher und Lohnstatistiken mitbringen.
- Blankenhain.** Sonnabend, den 28. März, öffentliche Gewerkschaftsversammlung in Spiegler's Salon.
- Döbeln.** Donnerstag, 28. März, bei Schmidt, Neugasse.
- Düsseldorf.** Sonnabend, 28. März, im Gewerkschaftshaus.
- Garsitz.** Montag, 25. März, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Versammlung bei Alt Kessel (Felsenkeller) in Königsee. Genossin Fr. Glzmann-Ragshütte spricht über: „Zweck der Organisation“.
- Frankfurt a. M.** Sonnabend, 28. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Gittfried, Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 56.
- Gräfenhain.** Sonnabend, 6. April, 8 1/2 Uhr, im Gasthof zum Steiger.
- Gräfenhal.** Sonntag, 24. März, nachmittags 8 Uhr, im Schießhaus.
- Nürnberg.** Sonnabend, 30. März, abends 1/2 9 Uhr, im neuen Vereinslokal, (Martin Behaim) Terestenstr.
- Martinroda.** Sonnabend, 28. März, abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Thüringer Wald“. Bibliothekbücher mit bringen.
- Oberkottzau.** Sonnabend, 28. März, abends 8 Uhr.
- Pankow.** Montag, 25. März, abends 7 1/2 Uhr, bei Pieper, Kaiser Friedrichstr. 70.
- Reichmannsdorf.** Sonntag, 24. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Thüringer Wald“. Gauleiter Emil Hoffmann ist anwesend.
- Roda.** Montag, 15. April, im Deutschen Haus in Ilmenau.
- Tiefenfurt.** Sonnabend, 6. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.
- Tambach.** Sonnabend, 28. März, im Gasthaus zum „Thüringer Wald“.
- Unterweissbach.** Freitag, 22. März, im Thoma'schen Saal spricht Fr. Glzmann-Ragshütte.
- Vegesack.** Sonnabend, 28. März, abends 8 Uhr, bei Oberbeck, Buchstraße 8.
- Vordamm.** Sonntag, 24. März, nachmittags 3 Uhr, im Rittergutsgarten.
- Waldsassen.** Sonntag, 24. März, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof zum goldenen Hahn.

ANZEIGEN.

Berlin. Sonntag, den 24. März 1907, Familien-Abend in Feuersteins Festkäl, Alte Jakobstr. 75 (Oberer Saal) Lichtbilder-Vortrag über die Konsumgenossenschaften. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein u. Tanz. Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pfg. 1,50 | Die Verwaltung.

Germersheim. Die Kollegen werden ersucht, sich vor Arbeitsannahme im hiesigen Emailierwerk bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Leipzig. Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß freiwillige Unterstützung nicht mehr in den Arbeitsräumen, sondern nur beim Kollegen Max Siegel, Plagwitz, Weißenfellerstr. 82c III, mittags von 12—1/2 und abends von 6—7 Uhr ausgezahlt wird.

3. Agitationsbezirk. Sonntag, den 31. März (1. Ostersfeiertag), vormittags 11 Uhr, Vertrauensmänner-Konferenz in Tiefenfurt. Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Agitation.

11. Agitationsbezirk (Vorort Rahl). Wir machen den Zahlstellen Blankenhain, Burgau, Kleindembach, Börsned, Rudolstadt, Schwarzja, Lannroda, Uhlstädt und Volkstedt bekannt, daß am 29. März (Charfreitag), eine Vertrauensmänner-Konferenz in Volkstedt im Hotel Strickrodt, mittags 12 Uhr stattfindet. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorortes. 2. Bericht der Vertrauensmänner über Agitation am Orte. 3. Welche Agitation war bis jetzt die wirksamste und wie agitieren wir in Zukunft? 4. Anträge der Vertrauensmänner. 5. Verschiedenes. NB. Berichte sind schriftlich mit zu bringen.

20. Agitationsbezirk (Vorort Mannheim-Säferthal). Den Zahlstellen Germersheim, Grünstadt und Saargemünd zur Kenntnis, daß am 31. März (Ostersonntag), vormittags 10 Uhr, in Mannheim, Gasthaus „Kleine Kaserne“ die **Vertrauensmänner-Konferenz** stattfindet mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Vorortes, 2. Bericht der Vertrauensmänner, 3. Wie betreiben wir in Zukunft unsere Agitation? 4. Anträge der Vertrauensleute, 5. Verschiedenes. Die Vertrauensmänner werden aufgefordert, die Berichte möglichst genau geschrieben mit zu bringen.

Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Schiffe muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

Criwitz in Mecklenburg. In Hinsicht auf die unbefriedigenden Zustände, die für die Kollegen bei der Firma **Emil Kralapp** herrschen, warnen wir die Kollegen vor jedem Zuzug nach dort und betonen, wer trotzdem von den Kollegen dort hin geht, muß dies auf eigne Gefahr und Kosten tun. Der Vorstand.

Patina-Maler der auch in modernen Dekoren und Imitationen perfekt ist, sucht baldigst dauernde Stellung. Gesl. Offerten unter „B. 68“ erbeten.

Drucker, firm in kaltem und warmem Druck bereits auf Emaille, Porzellan und Steingut (Unterglasur) gearbeitet, sucht Stellung. Offerten unter S. 3. erbeten.

Schriftenmaler auf Emailleschilder, in Farbe und Relief bewandert, auch mit Glas- u. Lackchilder etwas vertraut, sucht Stellung. Off. unter W. 26 an die Amelse erbeten.

Schriftenmaler auf Emaille, Glas- und Lackchilder, der auch im Besitze von Emaille-Rezepten ist, sucht baldigst Stellung im In- oder Auslande. Gesl. Offerten unter R. 100 an die Amelse erbeten.

Formengiesser, der das Einrichten und Abgießen der Modelle mit besorgt, sucht Stellung. Selbiger ist gelernter Dreher. Gesl. Off. unter U. W. 20 erbeten.

Flotter Maler, welcher mit dem Aerographen gut arbeiten, auch mit Schablonen, spritzen kann, sucht Stellung. Off. u. R. S. 25 erb.

Tüchtiger Modellabgiesser zugleich Einrichter u. perfekter Retoucheur sucht, gestützt auf prima Zeugnisse, bald dauernde Stellung. Gesl. Off. unter G. 100 an die Amelse erbeten.

Maler der mit der Technik der modernen Porzellan-Unterglasur-Malerei vertraut ist, sucht Stellung. Gesl. Offerten unter B. 28 an die Amelse erbeten.

Maler, erste Kraft sucht in Emailkerwerk oder Herdfabrik dauernde Stellung. Gesl. Offerten unter M. N. erbeten.

Schriftmaler auf Apotheker-Standgefäße sofort gesucht. Anfangs-Wochenlohn 25 Mk. Nur firmen Herren wollen sich melden bei H. Koch, Cannstatt, Hofenerstr. 68.

Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2gespaltenen Pettizelle oder deren Raum 80 Pfennige. Vorauszahlung ist Bedingung.

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl, Niederplantz b. Zwickau in Sachsen.**

Goldschmiere sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher, reeller Bedienung **Martin Karstner, Zwickau, Sa., Schmittstraße 21.**

Goldabfälle, Flaschen zc. werden angekauft und als Schmuckgegenstände bei schneller und reeller Bedienung.
Pinsel alle Sorten nur bester Qualität. Billige Pinsel. Streifen-Pinsel zum Goldrändern. Bestand auch in kleineren Posten empfiehlt **Max König, Kahla S.-A.**

Echte Pariser Pinsel empfiehlt **Anton Müller, Fraureuth bei Weiden i. S.**

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 80 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.
H. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 6.

Goldschmiere u. alle goldhaltig. Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweihstr. 32.**

Staubgold * Goldwatte * Glanzgold

und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.**

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Man verlange Prospekt, Aeltestes Geschäft dieser Art.

Zur Beachtung für die Zahlstellen-Verwaltungen und Einzelmitglieder.

Alle Zuschriften in Rassen-Angelegenheiten, als da sind: Einsendungen von Geldern, Abschlüssen, Beitrittserklärungen neuer Mitglieder, Um- und Abmeldungen von Mitgliedern, Anträge auf Krankengeld-Zuschuß, Sterbegeld, Zusendung von Verwaltungs-Materialien jeder Art sind zu adressieren an

Wilh. Herden, Verbandskassierer, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Alle Zuschriften in Unterstützungssachen: Arbeitslosen-Unterstützung, Fahr- und Umzugsgelder, Rechtsschutz, in Differenz-Angelegenheiten jeder Art, Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind zu adressieren an

Joh. Schneider, Verbandschriftf., Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Alle Zuschriften in Bezug auf: Agitation, Arbeits-Nachweise, Gründung von Zahlstellen, von den Verwaltungsbehörden (Polizei zc.) angeordnete oder verfügte Maßnahmen gegen die Zahlstellen, respektive deren Leiter, sowie Beschwerden gegen die Verbandsbeamten, Zahlstellen-Verwaltungen und wegen Verweigerung von Unterstützungen zc. sind zu adressieren an

Gg. Wollmann, Verbandsvors., Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Alle auf das Verbands-Organ „Die Amelse“ bezüglichen Zuschriften sind zu adressieren an

Fritz Zietsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Bei Reklamationen wegen nicht genügend erhaltener Blätter muß die genaue Zahl des gegenwärtigen Mitgliederbestandes in der betreffenden Zahlstelle angegeben werden.

Alle Zuschriften und Geldsendungen der Einzelmitglieder sind zu richten an

Carl Munt, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Sofern, um Porto-Ausgaben zu sparen, Zuschriften einer Zahlstelle an mehrere der vorgezeichneten Adressen in einem Couvert gesandt werden sollen, wird ersucht, für jede Angelegenheit, welche nicht in das Ressort des Empfängers gehört, ein gesondertes Blatt Papier zu benutzen. Die Verwaltungen und Mitglieder, welche An- und Abmeldungen nach Orten zu bewirken haben, an welchen Zahlstellen nicht bestehen, werden ersucht, den Namen des Ortes nach und von welchem ein Mitglied ab- oder angemeldet, an zu führen.

An die Einzelbezieher der Amelse.

Unseren Mitgliedern, denen die „Amelse“ offen (ohne Kreuzbandstreifen) durch die Post zugestellt wird, diene nochmals zur Kenntnis:

Jede Beschwerde wegen unpünktlichem Eintreffen des Blattes ist in erster Linie an den betreffenden Briefträger oder an den Schalterbeamten des zuständigen Postamts am Orte zu richten. Die Expedition kann gegen das Ausbleiben der durch die Post zustellbaren Blätter nichts tun.

Bei einem Wohnungswechsel am Orte wollen die Einzelbezieher der Amelse die neue Wohnung sofort dem Postboten mitteilen, damit das Blatt an die neue Adresse gelangen kann.

Bei einem Wegzug vom Orte wollen die betreffenden Kollegen ebenfalls das Blatt sofort bei dem Briefträger abbestellen und ferner ihre neue Adresse möglichst bald an Gen. Carl Munt, Charlottenburg, Rosinenstraße 3, einsenden.

Expedition der „Amelse.“

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Fritz Zietsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.